

Inhalt

VORWORT	2
EINLEITUNG	2
<u>1 GESELLSCHAFTSPOLITIK</u>	4
VOLKSGEMEINSCHAFT STATT MULTIKULTURELLER ZERSTÖRUNG	4
DER MENSCH IST EIN GEMEINSCHAFTSWESEN	5
DAS DEUTSCHE VOLK IST GRUNDLAGE DER DEUTSCHEN VOLKSGEMEINSCHAFT	5
WER DEN SOZIALSTAAT WILL, MUß SICH ZUR VOLKSGEMEINSCHAFT BEKENNEN!	6
GEMEINSCHAFT STATT ELLENBOGENGESELLSCHAFT	6
<u>2 WIRTSCHAFTSPOLITIK</u>	8
SOZIALE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN – VOLLBESCHÄFTIGUNG DURCHSETZEN!	8
GLOBALISIERUNG BEDEUTET ARBEITSLOSIGKEIT, LOHNDUMPING, SOZIALABBAU,	
NATURZERSTÖRUNG UND KRANKHEIT	8
ES GIBT KEINE GERECHTE GLOBALISIERUNG	9
GLOBALISIERUNG IST UNDEMOKRATISCH	9
DIE WIRTSCHAFT HAT DEM VOLK ZU DIENEN!	9
DIE RAUMORIENTIERTE VOLKSWIRTSCHAFT	10
ARBEITSPLÄTZE ZUERST FÜR DEUTSCHE	10
HERSTELLUNG DER STAATLICHEN HANDLUNGSFÄHIGKEIT	10
MULTINATIONALE KONZERNE ENTFLECHTEN	11
KONTROLLE DER KAPITALFLÜSSE	11
QUALIFIKATIONSOFFENSIVE	11
SOZIALE GERECHTIGKEIT SCHAFFEN	11
EINE SOZIALE STEUERREFORM IST NOTWENDIG	12
BELEBUNG DER NATIONALEN KONJUNKTUR	13
LOHNNEBENKOSTEN SENKEN	14
<u>3 FAMILIEN- UND BEVÖLKERUNGSPOLITIK</u>	15
GEMEINSCHAFT STÄRKEN - FAMILIEN FÖRDERN	15
AUSLÄNDER GEFÄHRDEN RENTENKASSEN	15
DIE FAMILIE ALS SOLIDARGEMEINSCHAFT	16
AUCH DIE ALTEN GEHÖREN ZUR GEMEINSCHAFT	16
DIE INTAKTE FAMILIE ALS KERN GESELLSCHAFTLICHEN MITEINANDERS	17
STEUERGERECHTIGKEIT FÜR FAMILIEN	17
ANGEMESSENER WOHNRAUM FÜR FAMILIEN	17
URLAUB UND FREIZEIT MÜSSEN FÜR FAMILIEN BEZAHLBAR SEIN!	18
KINDER BRAUCHEN DEN SCHUTZ DER GEMEINSCHAFT	18
FAMILIEN MIT KINDERN GENIEßEN BESONDEREN SCHUTZ	19
SCHUTZ DES UNGEBORENEN LEBENS	19
<u>4 INNERE SICHERHEIT</u>	20
SICHERHEIT STÄRKEN - VERBRECHEN BEKÄMPFEN	20

MULTIKULTURELLE GESELLSCHAFT – MULTIKRIMINELLE WIRKLICHKEIT	20
BEKÄMPFUNG DER URSACHEN DER KRIMINALITÄT STATT IHRER SYMPTOME	21
OPFERSCHUTZ STATT REPRESSION	21
TODESSTRAFE FÜR KINDERMÖRDER	22
SICHERHEIT STÄRKEN - VERBRECHEN BEKÄMPFEN	22
5 DEMOKRATIE	24
FREIHEIT STATT TOTALITARISMUS	24
GEWALTENVERSCHRÄNKUNG AUFHEBEN	25
PARTEIENFILZ BESEITIGEN	25
TOTALITARISMUS ZURÜCKDRÄNGEN	26
GLEICHSCHALTUNG DER MEDIEN BEENDEN	26
GEMEINSCHAFT SCHÜTZEN	26
6 AUßENPOLITIK	27
NATIONALISMUS SICHERT DEN FRIEDEN	27
DIE „NEUE WELTORDNUNG“ DER US-OSTKÜSTE	28
DER US-PROPAGANDAAPPARAT	28
DIE ERSCHEINUNGSFORMEN DES US-IMPERIALISMUS	28
DIE WELT DER TAUSEND VÖLKER	29
FRIEDEN STATT UNIVERSALISMUS	30
7 BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPOLITIK	31
BILDUNG STATT VERWAHRUNG	31
FÜR EIN DIFFERENZIIERTES BILDUNGSWESEN	31
ALLGEMEINBILDUNG STATT HYPERSPEZIALISIERUNG,	31
BILDUNG FÄNGT IN DER FAMILIE AN	32
KONSUMTERROR BEENDEN	33
DER KINDERGARTEN ALS EINSTIEG IN DIE BILDUNGSKARRIERE	33
DIE GRUNDSCHULE DIENST DEM ERWERB DER GRUNDFÄHIGKEITEN	33
DAS DREIGLIEDRIGE SCHULSYSTEM	33
DIE MODERNE LEISTUNGSUNIVERSITÄT	34
EINHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE	34
BAFÖG	34
BILDUNG DARF NICHT ZUM PRIVILEG DER REICHEN WERDEN	34
8 EUROPAPOLITIK	36
FREIE VÖLKER STATT EU-DIKTATUR	36
STAATENBUND STATT BUNDESSTAAT	36
FÜR EIN STARKES EUROPA, DAS SEINE KULTURELLE IDENTITÄT BEWAHRT	37
DM STATT EURO	37
ARBEIT STATT BEREICHERUNG	38
SICHERUNG DER DEUTSCHEN GRENZEN GEGEN DIE ORGANISIERTE KRIMINALITÄT UND DIE EINSCHLEUSUNG ILLEGALER EINWANDERER	38

<u>9</u>	<u>NATURSCHUTZPOLITIK</u>	<u>40</u>
	GESUNDE HEIMAT – GESUNDE NATUR	40
	URSACHEN DER NATURZERSTÖRUNG	40
	GEMEINSCHAFTSVERANTWORTUNG STATT INDIVIDUALINTERESSEN	41
	MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ DER NATUR	41
<u>10</u>	<u>VERTEIDIGUNGSPOLITIK</u>	<u>43</u>
	HEIMATSCHUTZ STATT WELTPOLIZEI	43
	NATIONALE VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITSPOLITIK FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.	43
	AUSTRITT AUS DER NATO	43
	EUROPÄISCHES BÜNDNIS UND NATIONALE SOUVERÄNITÄT	44
	JA ZUR WEHRPFLICHT UND REORGANISATION DER STREITKRÄFTE	44

Vorwort

Liebe Landsleute,

die im Bundestag vertretenen etablierten Parteien, von der PDS bis zur CSU, sind nicht in der Lage, die Probleme unseres Landes zu lösen, sie haben diese vielmehr herbeigeführt. Die Politik dieser Parteien unterscheidet sich nur durch die Kontonummern, auf die sie sich Steuergelder überweisen.

Deutschland braucht eine neue Politik, die für soziale Gerechtigkeit sorgt, die den Menschen ihre Identität gibt, Werte schafft, Gemeinschaft gestaltet und die Vollbeschäftigung garantiert. Eine Politik, welche die Familie stärkt und für innere wie äußere Sicherheit sorgt. Kurzum eine Politik, die die Zukunft unseres Volkes zum Wohle aller Deutschen sichert.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist derzeit die einzige Kraft, die diese Politik gestalten kann, sie ist die einzige Alternative zum Kartell der etablierten Parteien. Die Herrschenden haben soviel Angst vor einem Erfolg der NPD, daß sie diese verbieten möchten.

Das nachfolgende Aktionsprogramm soll Ihnen verdeutlichen, daß Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Vereinsamung und Überfremdung nicht unabwendbar sind. Es erhebt bewußt nicht den Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit, zeigt aber an konkreten Beispielen auf, wie das Grundsatzprogramm der NPD umgesetzt und so eine bessere Politik zum Nutzen des eigenen Volkes betrieben werden kann.

*Udo Voigt, Diplompolitologe,
Parteivorsitzender der NPD*

Einleitung

Die Lage in der BRD verschlechtert sich zusehends, die gesellschaftlichen Verfallserscheinungen sind unübersehbar:

- Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Jahren auf unerträglich hohem Niveau. Offiziell gibt es ca. 4 bis 5 Millionen Arbeitslose, tatsächlich dürften es über 8 Millionen Menschen sein, die in der BRD keine Arbeit finden, denen damit ein zentrales Element der Sinnstiftung fehlt und die dem sozialen Abstieg preisgegeben sind. Die Zahl der auf Sozialhilfe Angewiesenen steigt. Massenarmut macht sich breit. In Deutschland hungern wieder Kinder.
- Soziale Verwahrlosung greift immer weiter um sich. Kultur und Werte werden zerstört, hemmungsloser Egoismus macht sich breit, Kriminalität, Drogenkonsum und Familienzerstörung breiten sich aus.
- Soziale Gerechtigkeit existiert nicht. Die Reallöhne sinken seit Jahren. Großkonzerne zahlen keine Steuern, der deutsche Arbeiter um so mehr. Kinder sind das Armutsrisiko Nummer eins. Die Renten sinken real. Die Zweidrittelgesellschaft wird immer sichtbarer.

Bei all diesen Entwicklungen handelt es sich keineswegs um zufällige Fehlentwicklungen, die die Folge katastrophaler Fehlentscheidungen unfähiger Politiker sind. Die Realität der BRD spiegelt vielmehr die Folgen der Herrschaft des Kapitals und der Spekulanten wider.

- Um die Lohnkosten zu senken, wird vom Kapital ein Überangebot von Arbeitskräften, also Arbeitslosigkeit, z.B. durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, herbeigeführt. Vollbeschäftigung würde Arbeit hingegen verknappen und verteuern. Zudem verhindert die Zerstörung des heimischen Marktes durch die mit der Globalisierung verbundene unkontrollierte Warenein- und ausfuhr jegliche Wirtschaftspolitik und schafft so eine immense strukturelle Arbeitslosigkeit.
- Die Zerstörung jeglicher Gemeinschaft liegt ebenfalls im Interesse des Kapitals. So wird Solidarität zerstört und Interessensgruppen geschaffen, die gegeneinander ausgespielt werden können. So werden kritiklose Konsumenten geschaffen, die sich bereitwillig „den Gesetzen des Marktes“ unterwerfen.
- Durch Kulturnivellierung und Vernichtung natürlich gewachsener Volksstrukturen werden weltweit Einheitsmärkte geschaffen, die eine globale Vermarktung der Produkte von Großkonzernen vereinfachen.
- Die Verteilung des Bruttosozialproduktes zugunsten der Großverdiener liegt ebenfalls im Interesse des Kapitals.

Die NPD lehnt die Politik, die zu diesen Fehlentwicklungen geführt hat, ab. Im Mittelpunkt nationaldemokratischer Politik steht der Mensch. Es ist Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Staat so zu gestalten, daß seine Bürger eine möglichst hohe Lebensqualität genießen können. Grundlage der Bewertung der „Lebensqualität“ ist dabei das lebensrichtige Menschenbild.

Volksgemeinschaft statt multikulturellen Wahnsinns

Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört. An ihre Stelle trat eine Ansammlung von Individuen mit egoistischen Zielen. Gemeinsame Werte wurden zerstört und die Gemeinsamkeit von Geschichte, Kultur und Abstammung wird durch bewußt herbeigeführten, fortgesetzten Ausländerzustrom vernichtet. Allerorten lassen sich die Symptome dieser Ellenbogengesellschaft beobachten:

- Obdachlosigkeit wird zum Massenphänomen. Ungefähr 100.000 Menschen haben in Deutschland kein Dach über dem Kopf. Die Familien-, Dorf- oder Wohnviertelgemeinschaft, die sich um sie kümmern könnte, wurde beispielsweise durch Anonymisierung zerstört. Der Weg zurück in die Gemeinschaft wird diesen Menschen nahezu unmöglich gemacht.
- Die Vereinzelung und Sinnentleerung treibt die Zahl der Rauschgiftabhängigen in immer neue, schwindelerregende Höhen. Schätzungen zufolge gibt es in der BRD derzeit etwa 4 Millionen Alkoholiker und 100.000 Konsumenten harter Drogen. Ungefähr 1 Million Menschen sind medikamentenabhängig, auch andere Rauschgifte wie z.B. Ecstasy sind allgegenwärtig.
- Die Zahl der Einpersonenhaushalte wächst. Im Jahre 2001 bestanden 36,6% aller Haushalte aus einer Person. Nicht einmal in jedem dritten Haushalt (2001: 29,9%) leben mehr als zwei Personen. Die Isolation steigt, die Gemeinschaftsfähigkeit nimmt ab. Während die Zahl der Ehescheidungen steigt (2001: 197.498), nimmt die Zahl der Eheschließungen kontinuierlich ab (2001: 389.591). Alte Menschen werden in Altersheime abgeschoben, in denen oftmals menschenunwürdige Zustände herrschen. Die Dorf- und Wohnviertelgemeinschaften mit Nachbarschaftshilfe wurden zerstört. An ihre Stelle ist die anonyme Nutzmenschenhaltung der Hochhausviertel getreten.
- Die Zerstörung von Werten greift immer weiter um sich. Die Höhe des Konsumniveaus hat bei der Bewertung einer Person mittlerweile mehr Gewicht als Anstand, Ehrlichkeit und Hilfsbereitschaft. Verantwortung wird durch nackten Egoismus verdrängt. Infolgedessen hat die Kriminalität immense Ausmaße erreicht. Im Jahr 2001 registrierte die polizeiliche Kriminalstatistik 6.363.865 Fälle. Ein besonderes Kennzeichen für die zunehmende sittliche Verwahrlosung ist die rapide steigende Jugendkriminalität. Wies die polizeiliche Kriminalstatistik 1989 noch 180.713 Tatverdächtige unter 18 Jahren aus, so waren es im Jahr 2000 schon 440.301. Als Gradmesser des gesellschaftlichen Verfalls wird die Korruption betrachtet. Die Zahl der Ermittlungsverfahren in Korruptionsfällen nahm von 258 im Jahre 1994 auf 1243 im Jahr 2000 zu, verfünffachte sich somit beinahe. Die bekanntgewordenen Fälle dürften jedoch nur die Spitze des Eisberges darstellen. Diese Beispiele belegen das Ausufer der Ellenbogengesellschaft und die damit verbundene Zerstörung der Gemeinschaft.

Soziale Verwahrlosung greift immer weiter um sich. Eine gemeinsame nationale Identität, die zur Herausbildung eines normalen Gemeinschaftsbewußtseins und zur Standortfindung des Einzelnen unerlässlich ist, wird durch Amerikanisierung der Kultur, Überfremdung der Wohnbevölkerung und Schaffung anti-deutscher Neurosen zerstört.

Jegliche Form der Gemeinschaft wird zerstört. So werden die Netze, die in Not geratene Deutsche auffangen können zerschnitten. An ihre Stelle sind anonyme Geldausgabestellen getreten, die den Hilfsbedürftigen keine menschliche Hilfe zuteil werden lassen, sondern sie zu Bittstellern degradieren.

Die Ursachen dieser Zerstörung sind in der liberalistischen Ideologie der herrschenden Parteien zu suchen. Sie werden von der Wahnvorstellung getrieben, die Gemeinschaft sei eine Bedrohung für das Individuum. Sie sehen positive Werte nicht als wertvolle ethische Richtlinien an, die das Zusammenleben einer menschlichen Gemeinschaft erst möglich machen, sondern als „Einengung der persönlichen Freiheit“. Mit pathologischem Haß gehen sie daher gegen jene vor, die die Gemeinschaft und ihre positiven Werte bewahren wollen. Mit demselben Haß zerstören sie Kultur und Brauchtum, weil sie wissen, daß diese Grundlage der Identität und damit Voraussetzung für Gemeinschaft sind. An ihre Stelle setzen sie primitive Hollywood-Filme, die das Recht des Stärkeren und den Kampf jedes gegen jeden propagieren. Sie glauben, daß dieser Kampf aller gegen alle in letzter Konsequenz das Beste für alle hervorbringt, in Wahrheit führt er aber zu der kalten, anonymen, wertefreien Ellenbogengesellschaft unserer Tage.

Um diese Entwicklung „unumkehrbar“ zu machen, werden immer mehr Ausländer nach Deutschland geholt, sei es als Asylbewerber, sei es im Rahmen der EU oder auf der Grundlage der sogenannten „Greencards“. Wenn die Politik der Kartellparteien ihr Ziel erreicht hat und die Bevölkerung der BRD ein zusammengestückeltes, wirres Sammelsurium von egoistischen Individuen ist, die kein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl mehr verbindet, die kein gemeinsames Aussehen, keine gemeinsame Kultur, keine gemeinsame Abstammung, keine gemeinsame Geschichte und keine gemeinsame Sprache mehr haben, können sie folglich keine gemeinsamen Werte entwickeln und keine Gemeinschaft mehr bilden.

Dann ist das Endstadium der Gemeinschaftszerstörung und der Entkultalisierung erreicht. Dann ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zum Bürgerkrieg, wie beispielsweise die Entwicklungen auf dem Balkan und in Ruanda oder die Rassenunruhen in den USA zeigen.

Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen

Der einzige „Wert“, der vom derzeitigen liberalistischen System akzeptiert wird, ist der Konsum. Diesem negativen „Wert“ haben sich die Menschen, wenn es nach dem Willen der herrschenden Politiker geht, unterzuordnen. Um diese Unterordnung langfristig zu gewährleisten, wird der Mensch seiner Identität beraubt, sei es durch Zersetzung seiner Kultur und seiner Identität, Zerstörung menschlicher Werte, oder durch Vernichtung des Volkes oder anderer Gemeinschaften, denen er angehört. Übrig bleibt ein anonymes, widerstandslos ausbeutbares Individuum in einer grauen Masse – der Mensch wird entmenschlicht. In der Massengesellschaft der BRD greift das Gefühl um sich, daß der Einzelne sich nur als unbedeutendes „Nichts“ versteht, als ein „Nichts“ lebt und als ein „Nichts“ stirbt. Saufen am Wochenende, 14 Tage Urlaub á la Ballermann 6, einen Porno für den Videorecorder zu Hause – der kleine „Kick“, der von der Trostlosigkeit ablenken soll, doch die tiefsitzende Unzufriedenheit bleibt.

Zufriedenheit und Erfüllung erfährt der Mensch nur in der Gemeinschaft. Nur wenn die Familie intakt ist und er sich in seiner Heimat als Mitglied einer Solidargemeinschaft fühlt, auf die er sich verlassen kann und für die er gerne bereit ist Leistung zu bringen, nur wenn er sich unter seinesgleichen geborgen fühlt und nicht als einer unter vielen in einer anonymen Masse, nur wenn er weiß, daß er sich auf die soziale Gerechtigkeit verlassen kann und nicht der Recht bekommt, der die stärksten Ellenbogen und das meiste Geld hat, nur wenn er weiß daß er seinen Kindern wieder Werte vermitteln kann und diese nicht durch Schule, Massenmedien und die gegenwärtige BRD-Realität verroht werden, nur dann kann er die angestrebte Erfüllung erfahren.

Die zentralen Elemente der Gemeinschaftspolitik der NPD lauten daher:

- Schluß mit der gemeinschaftszerstörenden Propaganda! - Wird die Gemeinschaft zerstört, wird auch der Mensch zerstört.
- Sprache, Kultur und Brauchtum sind zentrale Bestandteile menschlicher Identität. Der Staat hat diese zu fördern und nicht durch multikulturellen Wahnsinn zu vernichten!
- Die Vereinzelung beginnt am Wohnort – Schluß mit der Nutzmenschenhaltung in anonymen Hochhaussiedlungen. Die Wohnwelt muß menschenwürdig werden!

Das deutsche Volk ist Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft

Neben der Familie und der Region spielt das Volk eine entscheidende Rolle bei der Verwurzelung und Rollenzuweisung des Menschen. Durch gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur entsteht eine Gemeinschaft, mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist. Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört. Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten. Seine zersetzende und entmenschlichende Wirkung richtet sich ebenso gegen die einheimischen Deutschen wie gegen die zugewanderten Ausländer. Beide sind Opfer dieser Politik, von der ausnahmslos die antisozialen Kapitaleigner und die von ihnen bezahlten Helfer profitieren.

Während die Zahl der Deutschen rückläufig ist, nimmt die Zahl der Ausländer in der BRD stetig zu. Die offizielle Zahl von 7.318.600 Ausländern im Jahr 2001 gibt die Realität nur unzureichend wider. In ihr sind weder die Ausländer mit BRD-Paß - allein im Jahre 2001 erhielten 178.098 Ausländer einen BRD-Personalausweis - noch die hohe Zahl der illegal in der BRD lebenden Ausländer, noch die in der BRD stationierten Besatzungstruppen und deren Angehörige enthalten.

Die NPD, welche sich schon seit Jahrzehnten für einen Einwanderungsstopp einsetzt, kann das Zuwanderungsgesetz nicht akzeptieren und hat folgerichtig einen 5-Punkte-Plan zur Rückführung der Ausländer in ihre Heimat beschlossen:

- Schaffung eines Nationalen Arbeitsplatzsicherungsgesetzes - Arbeitsämter und Arbeitsvermittlungstellen dürfen nur dann Arbeit für eine begrenzte Zeit an Ausländer vergeben, wenn keine gleichqualifizierten deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.
- Sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem. - Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Wer keine Ansprüche aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ableiten kann, hat auch keinen Grund, sich ohne Arbeit in Deutschland aufzuhalten. Es ist nicht mehr finanzierbar, daß im Ausland lebende Angehörige mit in der Familienkrankenversicherung eines hier lebenden Ausländers kostenlos mitversichert sind. Eventuelle

Auszahlungsansprüche ermöglichen den Ausländern den Aufbau einer eigenen Existenz in ihrem Heimatland und bewahren das deutsche Sozialversicherungssystem vor unkalkulierbaren Folgekosten. Der Grundsatz: Deutsches Geld für deutsche Aufgaben findet auch hier seine Bestimmung.

- Strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung - Ausländische Gäste, Touristen, Studenten, Auszubildende u.ä. sind uns selbstverständlich willkommen, doch Ausländer ohne Arbeitserlaubnis oder Sonderaufenthaltsgenehmigung haben Deutschland nach längstens dreimonatigem Aufenthalt unverzüglich zu verlassen. Notwendige Gesetze haben eine praktikable Abschiebung zu regeln, welche zudem die Betroffenen an den Kosten zu beteiligen hat.
Tatsächlich politisch Verfolgten, die nicht aus sicheren Drittländern in die BRD einreisen, kann Asyl gewährt werden. Jedoch haben diese keinen Rechtsanspruch darauf.
- Ausländer dürfen kein Eigentum an Grund und Boden in Deutschland erwerben - Grund und Boden sind Eigentum des deutschen Volkes. Ausländer haben aus diesem Grund nicht die Möglichkeit, Eigentümer von Grundstücken zu werden. Miet- und Pachtverhältnisse sind davon ausgenommen. Eventuell bestehende Besitzverhältnisse sind aufzulösen oder rückzuübertragen. Ein gesondertes Gesetz regelt die Einzelheiten, Entschädigungen und Ausnahmestimmungen.
- Ersatzlose Streichung des einklagbaren Rechtes auf Asyl - Wir Nationaldemokraten fordern die ersatzlose Streichung des sogenannten „Asylrechtsparagrafen“ Art. 16a Grundgesetz. Das weltweit einzigartige, einklagbare Recht auf Asyl hat nicht nur zu einem unvorstellbaren Ausmaß geführt, sondern auch zu einer Belastung der Staatsausgaben in Milliardenhöhe. Ferner hat ein Gesetz die Abschiebung krimineller Ausländer zu regeln. Die Feststellung, daß im Heimatland eines Asylbewerbers strengere Strafen als in Deutschland gelten, darf der Abschiebung nicht grundsätzlich im Wege stehen.

Wer den Sozialstaat will, muß sich zur Volksgemeinschaft bekennen!

Nur der zu erweckende Gemeinschaftswille aller Deutschen wird die Probleme der Zukunft meistern können. Ein Sozialstaat ist ohne die Solidargemeinschaft eines Volkes nicht machbar. In einer multikulturellen Massengesellschaft gibt es nur Gruppen- und Einzelinteressen.

Aus sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip erwächst die ethnisch homogene Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet nach unserer Auffassung die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Sie muß die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern.

Der Gemeinschaftswille ist die geistige Grundlage eines modernen Sozialstaates, der dann von der Gemeinschaft materiell verwirklicht werden kann. Fehlt dieser Wille, wie dies in der realexistierenden BRD der Fall ist, so bleibt der Sozialstaat lediglich eine hohle Phrase und es existiert allenfalls die Illusion eines Sozialstaates.

Gemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft

Aufgabe des deutschen Staates ist es, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen und nicht den Profiten multinationaler Konzerne. Dabei ist jeder Einzelne in der Gemeinschaft unseres Volkes ein wichtiger Bestandteil unserer Kultur, Geschichte, Sprache und Entwicklung.

Die Erkenntnis des einzelnen Menschen, wertvoller und benötigter Bestandteil einer großen Volksgemeinschaft zu sein, die zudem Gemeinschaftsaufgaben zu bewältigen hat, die nur durch seine persönliche Mithilfe bewältigt werden kann, wirkt der Sinnentleerung der liberalistischen Massengesellschaft entgegen. Mensch und Gemeinschaft sind keine Widersprüche, sondern bedingen sich gegenseitig.

Der gemeinschaftszerstörende Liberalismus zieht sich wie ein roter Faden durch die Politik der in der BRD herrschenden Parteien. Die NPD setzt ihr die Idee der Volksgemeinschaft gegenüber:

- Die Wirtschaft hat der Volksgemeinschaft zu dienen und nicht umgekehrt. Die von den herrschenden Parteien rücksichtslos vorangetriebene Globalisierung fördert die gemeinschaftsschädigenden Interessen asozialer Kapitalisten und führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit. Die NPD setzt der Globalisierung ihr Konzept der raumorientierten Volkswirtschaft entgegen.
- Durch die Zerstörung gemeinschaftlicher Werte steigt die Kriminalität.
- Politiker fühlen sich nicht mehr der Gemeinschaft, sondern dem eigenen Geldbeutel verpflichtet. In der Folge greifen Korruption, Filz und gesellschaftlicher Totalitarismus um sich.
- Basis der Volksgemeinschaft ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der US-Imperialismus mißachtet dieses Recht, versucht freie Völker dem Diktat weniger superreicher US-Bürger zu unterwerfen. Angriffskriege, Terror gegen die Zivilbevölkerung, Not, Hunger und Vertreibung sind die Folge. Die antiimperialistische Politik der NPD ist hingegen Friedenspolitik.

- Die Gemeinschaft der Familie wird zerstört. Immer weniger Kinder werden geboren, immer mehr Kinder werden verhaltensauffällig.
- Durch fehlende Wertevermittlung gilt das Interesse der Jugend nicht mehr dem Streben nach Wissen, um dies der Gemeinschaft konstruktiv nutzbar zu machen. Auch Lehrer und Erzieher betrachten ihre Arbeit nur noch als „Job“. Das Bildungsniveau sinkt beträchtlich.
- Die EU dient nicht den Völkern, also den Gemeinschaften Europas, sondern Konzerninteressen. Die Folge ist eine volksfeindliche Politik.
- Eine Volksgemeinschaft geht über die derzeit lebende Generation hinaus. Sie berücksichtigt auch die Belange der nachfolgenden Generationen. Sie ist daher bestrebt, gesunde Wälder, saubere Luft, sauberes Wasser und unbelastete Böden zu hinterlassen. Sie betreibt keinen Raubbau an der Natur und verhindert Treibhauseffekt und Ozonloch. Die gegenwärtige Politik der Gemeinschaftszerstörung opfert den Schutz der Natur hingegen kurzfristigen Vorteilen, von denen insbesondere asoziale Großkapitalisten profitieren.

Soziale Gerechtigkeit schaffen – Arbeitsplätze statt Globalisierung!

Die BRD befindet sich seit Jahrzehnten in einer tiefen Krise. Obwohl die Reallöhne seit über zehn Jahren nicht nennenswert gestiegen sind und der Lohnzuwachs deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurücklag, gibt es in der BRD nach offiziellen Angaben derzeit ungefähr 4 bis 5 Millionen Arbeitslose.

Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen unter Einbeziehung aller derjenigen Personen, die mit Tricks aus der Statistik entfernt wurden, wie Arbeitslose, die sich in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen befinden, die zwar arbeitslos sind, sich aber wegen der Hoffnungslosigkeit der Lage nicht arbeitslos gemeldet haben und die sich im Vorruhestand befinden, dürfte über 8 Millionen liegen. Nicht einmal jeder Bezieher von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe ist arbeitslos gemeldet. Besserung ist nicht in Sicht. Auch die kurzen Zyklen wirtschaftlicher Belebung haben keinen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit mit sich gebracht.

Ein besonderes Alarmzeichen ist die zunehmende Langzeitarbeitslosigkeit. In Mitteldeutschland, dem die Vertreter der Kartellparteien einst die „blühenden Landschaften“ des Kapitalismus verhießen, wächst die Arbeitslosigkeit besonders stark.

Hinter den anonymen Statistiken verbergen sich Einzelschicksale, Menschen, die einem wichtigen Element ihrer Sinnstiftung beraubt werden, Familienväter, die ihre Familie nicht durch eigene Arbeit versorgen können, sondern auf staatliche Hilfe angewiesen sind, um die nötigsten Dinge des täglichen Lebens beschaffen zu können, unzählige Deutsche mit Fähigkeiten, die sie nicht einsetzen können und die deshalb verkümmern müssen. Neben der materiellen Not ruft die Arbeitslosigkeit auch große psychische Not hervor. Dies alles kümmert die etablierten Politiker längst nicht mehr.

Die Hauptursache der sozialen Mißstände ist die Politik der Globalisierung, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien, von der CSU bis zur PDS, betrieben wird. Die Globalisierer zerstören die Mechanismen, die ein Staat benötigt, um eine eigenständige Wirtschaftspolitik zum Wohle des Volkes zu betreiben.

Globalisierung bedeutet Arbeitslosigkeit, Lohndumping, Sozialabbau, Naturzerstörung und Krankheit

Die Aufhebung der nationalen Zölle sorgt dafür, daß Produkte, die im Ausland zu Hungerlöhnen produziert werden, problemlos auf dem deutschen Markt angeboten werden können. Dort treten sie in Konkurrenz zu den in der BRD produzierten Waren. Bei ansonsten gleichen Produktionsbedingungen sind diese teurer als die ausländischen Waren, da die Löhne in der BRD höher sind. Dieser Effekt wird noch verstärkt durch die Lohnnebenkosten – den Arbeitgeberanteil an Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung und Pflegeversicherung. In Staaten ohne dieses soziale Netz oder mit nur rudimentärem sozialen Netz können Waren somit weitaus billiger hergestellt werden als in der BRD.

Auf den BRD-Unternehmen lastet infolge dieser Globalisierungspolitik ein Kostendruck, der eine der Hauptursachen für die Einschnitte ins soziale Netz und das gegenwärtige Lohnniveau ist. Trotz des Lohndumpings und des Sozialabbaus wurden in den letzten Jahren Millionen deutscher Arbeitsplätze ins Ausland exportiert, da dort billiger produziert werden kann. Die Waren können infolge fehlender nationaler Zölle ohne Schwierigkeiten in der BRD verkauft werden.

Dieser „Arbeitsplatzexport“ spielt sich noch überwiegend im Bereich minderqualifizierter Tätigkeiten ab, was sich auch am überwiegend geringen Ausbildungsstand der Arbeitslosen ablesen läßt.

Derselbe Mechanismus greift beim Naturschutz. Wenn im Ausland die Natur hemmungslos zerstört werden kann, Abwässer und Luft nicht gefiltert werden müssen, kann dort entsprechend billiger produziert werden als in der BRD.

Auch die Sicherheit am Arbeitsplatz leidet unter der Globalisierung - Arbeitsschutzmaßnahmen kosten schließlich Geld.

Werden nun schließlich noch ungehemmt ausländische Arbeitskräfte eingeführt, verschärft dies die Lage, weil der nationale Arbeitsmarkt dadurch vollkommen zerstört wird. Die verheerenden Auswirkungen dieser direkten Konkurrenz lassen sich in vielen Wirtschaftszweigen beobachten. Besonders dramatisch ist die Lage im Baugewerbe. Auf deutschen Baustellen sind zahllose Billigarbeiter aus dem ehemaligen Ostblock und Scheinselbständige aus dem EU-Ausland anzutreffen, während deutsche Bauarbeiter immer seltener werden.

Am Ende dieses Prozesses wird eine Welt stehen, in der der Arbeiter zum bloßen Produktionsfaktor degradiert wurde, der gerade so viel verdient, daß er auch morgen noch produzieren kann, der keine soziale Absicherung erfährt und an hochriskanten Arbeitsplätzen in einer verseuchten Natur arbeitet.

Es gibt keine gerechte Globalisierung

Globalisierung ist kein Prozeß, der sich durch Selbstbeschränkung der Handelnden, Kapital bzw. Industrie, beherrschen ließe. Jedes Unternehmen, das in einem offenen Markt auf die Wahrnehmung von Kostenvorteilen verzichtet, hat Wettbewerbsnachteile und ist somit langfristig zum Untergang verurteilt.

Der Druck auf die Unternehmen ist in den letzten Jahren durch die Zerstörung der Kontrollmechanismen für das Kapital noch gewachsen. Spekulationskapital in schwindelerregender Höhe jagt jeden Tag um den Globus, um einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Unternehmensbeteiligungen haben nicht mehr den Charakter von Investitionen, sondern von kurzfristigen Wetten auf die Entwicklung des Unternehmens. Die Verantwortung der Investoren ist so auf ein Mindestmaß gesunken. Es gilt, aus einem Unternehmen in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Profit zu ziehen, das Unternehmen möglichst schnell finanziell auszusaugen. Wie viele Arbeitsplätze dabei auf der Strecke bleiben, spielt für die Spekulanten nur im Hinblick auf das Hochschnellen der Börsenkurse durch Arbeitsplatzvernichtung eine Rolle. Verantwortung von Unternehmern gibt es nicht mehr, nur noch das Bestreben der Vorstände, möglichst hohe Profite für die Spekulanten zu erzielen, den sogenannten „Shareholder-Value“.

Die Kapitalströme, die täglich, nur aus Gründen der Spekulation, um den Globus rasen, haben beinahe das hundertfache Ausmaß der Geldströme, denen ein realer Warenaustausch zu Grunde liegt. Eine Klasse asozialer Spekulanten macht sich breit, die ihr Einkommen nicht mehr aus realer Arbeit bezieht, sondern aus müheloser Spekulation, welche der Gemeinschaft nachhaltig schadet.

Globalisierung ist undemokratisch

Das wesentliche Grundmerkmal der Globalisierung ist die Vernichtung von nationalen und sozialen Kontrollmechanismen. Damit vernichtet die Globalisierung die Politikfähigkeit der Staaten, welche anschließend um des Wettbewerbs willen Gesetze und Verordnungen schaffen, die die Vernichtung der menschlichen Lebensgrundlagen noch beschleunigen.

So werden Staaten durch Globalisierung gezwungen, Sozialabbau zu betreiben, damit konkurrenzfähig produziert werden kann. Eine eigenständige Sozialpolitik ist bei fortgeschrittener Globalisierung nicht möglich. Dasselbe gilt für die Naturschutzpolitik.

Eine aktive und lebensnotwendige Wirtschaftspolitik des Staates wird unmöglich. Nationale Konjunkturprogramme können nichts mehr gegen den Gesamttrend der Weltwirtschaft ausrichten. Eine gezielte Belebung der eigenen Wirtschaft wird unmöglich, da ein großer Teil der Aufträge an ausländische Unternehmen vergeben werden muß. Das Geld fließt somit ins Ausland ab und kommt dem heimischen Markt nicht zugute.

Parallel dazu macht sich Subventionserpressung breit. Konzerne spielen Staaten oder auch Städte und Bundesländer bei der Wahl eines neuen Produktionsstandortes gegeneinander aus und investieren dort, wo ihnen die besten Bedingungen und das meiste Geld geboten werden.

Der Staat, dessen Aufgabe die Vertretung der Interessen seiner Bürger ist, verliert so jeden Handlungsspielraum und hat dem Diktat des Kapitals zu folgen. Die Staatsgewalt geht somit nicht mehr vom Volke, sondern von wenigen Kapitalisten aus. Der Tatbestand einer Oligarchie, der Herrschaft weniger, ist erfüllt.

Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen!

Die Wirtschaft eines Volkes ist nicht autonom, sondern Teil des Ganzen. Der Staat muß der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben, Richtdaten setzen und durchsetzen, was das Gemeinwohl erfordert. Nicht unser Volk hat der Wirtschaft, sondern die Wirtschaft unserem Volke zu dienen!

Wir Nationaldemokraten setzen den Globalisierungsfanatikern eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft entgegen. Der einzelne Mensch muß in seiner Heimat Arbeit finden und diese Arbeit als etwas Wichtiges und Höheres begreifen, das Fortbestand und Weiterentwicklung seiner Familie, seines Volkes und seiner Nation durch seinen persönlichen Einsatz garantiert.

Der von uns verwendete Begriff der „raumorientierten Volkswirtschaft“ wird die sozialen und ökonomischen Belange mit den Bedingungen von Land, Volk und Ökologie in Übereinstimmung bringen:

Die Wirtschaft darf unsere Umwelt nicht zerstören und unsere Bevölkerung nicht entfremden. Grund und Boden sind und bleiben immer Eigentum des deutschen Volkes und dürfen nicht an Ausländer veräußert werden.

Solidarprinzip, soziale Gerechtigkeit, gemeinsame ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft sind untrennbar mit dem Begriff der Volksgemeinschaft verbunden.

Die raumorientierte Volkswirtschaft

Eine Wirtschaftspolitik, die dem Menschen dient, muß die menschlichen Handlungsweisen beim Wirtschaften berücksichtigen. Existieren keine Leistungsanreize, so stellen sich jene Folgen ein, die im Staatskapitalismus des „real existierenden Sozialismus“ zu beobachten waren. Existieren keine staatlichen Lenkungsvorgaben, diktiert die Profitmaximierung das Geschehen – ohne Rücksicht auf den Menschen –, wie es in der heutigen BRD der Fall ist.

Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung.

Grundvoraussetzung zur Gestaltung einer eigenen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Naturschutzpolitik ist die Herstellung der Handlungshoheit auf dem eigenen Markt. Hier muß das Primat der Politik gegen die Interessen der Kapitaleigner durchgesetzt werden. Nur auf dieser Grundlage ist auch eine souveräne Außenpolitik möglich.

Die NPD stellt daher dem Konzept der Auflösung jeglichen staatlichen Spielraumes durch Globalisierung die Herstellung rationalstaatlicher Handlungsfähigkeit durch die raumorientierte Volkswirtschaft entgegen. Durch die Kontrolle der Geld-, Güter- und Menschenströme, die in unser Land ein- und ausgeführt werden, können soziale Spielregeln, die in Deutschland gelten, nicht länger durch Kapitalisten, die im Ausland produzieren, unterlaufen werden.

Die NPD will Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit durch folgende Maßnahmen erreichen:

Arbeitsplätze zuerst für Deutsche

Knapp zwei Millionen Ausländer in der BRD sind sozialversicherungspflichtig erwerbstätig. Das sind nur etwa 25% der offiziell in der BRD lebenden Ausländer. Ihr Beitrag zum Sozialversicherungssystem der BRD ist somit weit geringer als der der Deutschen. Dies treibt die Lohnnebenkosten in die Höhe. Obwohl nach Angaben des statistischen Bundesamtes „nur“ 8,9% der Wohnbevölkerung der BRD Ausländer sind, stellen sie 22,1% der Sozialhilfeempfänger und 25,8% der Tatverdächtigen bei Straftaten. Auch die überdurchschnittliche Arbeitslosenquote von Ausländern wirkt sich negativ aus.

Die NPD setzt sich daher für die humane Rückführung der Ausländer in ihre Heimat und bevorzugte Einstellung deutscher Arbeitskräfte ein.

Herstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit

Die NPD lehnt den Freihandelsextremismus der EU und GATT ab. Sie will die staatliche Handlungsfähigkeit als Grundlage der Gerechtigkeit in der Wirtschaft durch ein sozial gerechtes System von Abgaben für wirtschaftliche Chancengleichheit erreichen:

- Anti-Lohndumping-Abgabe: Produkte, die im Ausland zu Löhnen produziert werden, die die heimische Bevölkerung unter die Armutsgrenze drücken, werden mit einer Anti-Lohndumping-Abgabe belegt. So wird erreicht, daß der deutsche Arbeiter nicht mit Billigarbeitern der dritten Welt konkurrieren muß.
- Naturschutzabgabe: Produkte, bei deren Herstellung im Ausland Luft, Wasser und Boden verseucht werden, werden mit einer Naturschutzabgabe belegt, um deutschen Unternehmen, die unter wesentlich strengeren Naturschutzvorschriften produzieren, den Wettbewerb mit ausländischen Firmen zu ermöglichen.
- Arbeitsplatzsicherheitsabgabe: Produkte, die an Arbeitsplätzen im Ausland geschaffen werden, die für die dortigen Arbeiter mit hohen Gesundheitsrisiken verbunden sind, werden mit einer Arbeitsplatzsicherheitsabgabe belegt, um deutschen Unternehmen, die menschenwürdige Arbeitsplätze bieten, den Wettbewerb mit ausländischen Konzernen zu ermöglichen.
- Soziale Sicherungsabgabe: Produkte, die in Ländern hergestellt werden, die keine Sozialabgaben im Sinne von Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung kennen, werden mit einer entsprechenden Ausgleichsabgabe belegt. Nur so ist es möglich, das soziale Netz in Deutschland dauerhaft zu erhalten.

- Rückführungsabgabe: Deutsche Unternehmen, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen und damit den heimischen Arbeitsmarkt zerstören, werden mit einer Abgabe zur Rückführung der ausländischen Arbeitskräfte belegt.

Die Einnahmen aus diesen Steuern werden unmittelbar der Exportindustrie zugute kommen, um auch auf fremden Märkten die Wettbewerbsgerechtigkeit herzustellen.

Die Politik für ein sozial gerechtes System von Abgaben für wirtschaftliche Chancengleichheit muß von einer aktiven Außenpolitik begleitet werden, die durch aktive Partnerschaft mit anderen Staaten den Einfluß der globalistischen Kapitalisten zurückdrängt.

Multinationale Konzerne entflechten

Die Weltwirtschaft wird zunehmend von multinationalen Mammutkonzernen geprägt. Diese haben Größen und Verflechtungen erreicht, die eine sinnvolle Kontrolle dieser Konzerne auf nationaler Ebene unmöglich machen. Zudem haben die Entscheidungsträger dieser Konzerne keinerlei Bindung zu den Ländern, in denen sie Rohstoffe fördern, produzieren oder Dienstleistungen erbringen. Die multinationale Verflechtung fördert somit Verantwortungslosigkeit und zerstört die Staaten. Die NPD fordert daher die Nationalisierung multinationaler Konzerne in zwei Stufen:

- In der ersten Stufe werden diese Konzerne auf nationaler Basis dereguliert, von den Weisungen der Konzernzentralen emanzipiert, indem sie einer demokratischen Kontrolle auf nationaler Basis unterworfen werden.
- In der zweiten Stufe werden sie durch die Nationalisierung ausländischen Kapitals entflochten. Die Beteiligung ausländischer Unternehmen an deutschen muß streng kontrolliert und ethischen Standards unterworfen werden. Sie darf einen gewissen Anteil nicht überschreiten und muß in sensiblen Bereichen, wie der Rüstungsindustrie, Medienwirtschaft, usw. ganz unterbleiben.

Kontrolle der Kapitalflüsse

Die um den gesamten Globus fließenden Ströme des Spekulationskapitals müssen eingedämmt werden. Neben einer Kontrolle der Geldflüsse von und nach Deutschland müssen die Geldflüsse, die der Spekulation dienen, besteuert werden.

Dem Preiswucher und der Spekulation durch Zins und Zinseszins muß Einhalt geboten werden. Ein staatlicher Wirtschafts- und Finanzbeirat hat Wege zur Belebung der Nachfrage mit Mitteln der Währungspolitik zu überprüfen und der Regierung vorzuschlagen.

Die Banken üben nachhaltigen Einfluß auf die Personalpolitik der deutschen Wirtschaft aus. Sie tun dies einerseits durch die Ausübung ihrer Stimmrechte als Anteilseigner vieler Unternehmen. Sie tun dies aber auch dadurch, daß sie das Stimmrecht für Aktien wahrnehmen, die sich im Besitz ihrer Kunden befinden, wenn diese nicht zur Versammlung erscheinen. Die Möglichkeit der Wahrnehmung dieses Stimmrechtes führt zu einer enormen, antidemokratischen Wirtschaftsmacht der Banken und ist daher abzuschaffen.

Statt dessen übt der Staat als Vertreter der Allgemeinheit das Stimmrecht nicht anwesender Aktionäre aus. Zudem muß Aktionären die Möglichkeit gegeben werden, die Staatsvertreter bei der Ausübung des Vertretungsstimmrechtes an Weisungen zu binden.

Qualifikationsoffensive

Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosen weist eine nur geringe berufliche Qualifikation auf. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben überdies gezeigt, daß das Bildungssystem der BRD immer weiter verfällt. Um der deutschen Jugend eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben, ist eine umfassende Bildungsoffensive an den deutschen Schulen und Hochschulen erforderlich. Für geringqualifizierte Arbeitslose sind entsprechende betriebliche Eingliederungsmaßnahmen zu fördern.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Durch die Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates wird auch eine aktive Sozialpolitik machbar. Durch entsprechende Bevölkerungspolitik können die Renten angehoben werden. Das Gesundheitswesen bleibt bezahlbar und das Kindergeld kann erhöht werden. Zusätzlich wird die generelle Einführung gesetzlich gesicherter Mindestlöhne möglich.

Zusätzlich fordert die NPD folgende Maßnahmen:

- Innerdeutschen Subventionswettbewerb stoppen - Vom gegenwärtigen innerdeutschen Subventionswettbewerb zwischen mehreren Standorten bei der Ansiedlung eines Betriebes profitieren nur die

Konzerne. Daher dürfen derartige Zuschüsse künftig nicht mehr von Ländern und Gemeinden, sondern nur noch vom Bund gezahlt werden. Nur so bleibt das Volksinteresse gewahrt.

- Arbeitnehmermitbeteiligung - Die Arbeitnehmer sind am Produktivvermögen zu beteiligen. Was Automation und Rationalisierung an Arbeit und Lohn nehmen, muß durch Mitbeteiligung am Gewinn der Wirtschaft wiedergegeben werden.
- Einführung einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze für junge Deutsche anbieten – Die Unternehmen haben ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Es kann nicht hingenommen werden, daß Wettbewerbsvorteile durch das Zurückfahren von Ausbildungsplätzen erlangt werden.

Parallel dazu muß die Ausbildung für Unternehmen attraktiver werden. Blockunterricht an Berufsschulen hat in Saisonbranchen, beispielsweise in der Bauindustrie oder im Tourismusgewerbe, nur außerhalb der Saison stattzufinden. Die Ausbildungshürden für Kleinunternehmen sind gegenwärtig so hoch, daß viele Kleinunternehmen nicht in der Lage sind auszubilden. Hier will die NPD Ausnahmeregelungen schaffen, die es auch Kleinunternehmen auf der Basis eines Vertrauensvorschlusses ermöglicht, ohne langwierige bürokratische Verfahren und Lehrgänge Ausbildungsplätze zu schaffen. Sollte ein Unternehmen seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommen, ist ihm das Recht zur Ausbildung bis zur Wahrnehmung der vorgeschriebenen Lehrgänge wieder zu entziehen.

- Gleiche Löhne für gleiche Arbeit – Die Ungerechtigkeit der Zahlung unterschiedlicher Löhne in West- und Mitteldeutschland muß beendet werden! Zwischen den Verdiensten in West- und Mitteldeutschland besteht noch immer ein deutlicher Unterschied. Im Oktober 2000 verdienten beispielsweise die mitteldeutschen Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe mit durchschnittlich 1.990 € nur 70,8 % des Bruttomonatsentgelts ihrer westdeutschen Kollegen (2.810 €).

Eine soziale Steuerreform ist notwendig

In der BRD gibt es keine Steuergerechtigkeit. Während die großen Konzerne sich arm rechnen und nahezu keine Steuern mehr zahlen, wird die Last, die dem arbeitenden Bürger aufgebürdet wird, immer unerträglicher. Neben Steuererhöhungen sind aber auch gigantische Ausfälle der Gewerbesteuer bei den Gemeinden zu beklagen, die infolge der Anwendung dieser asozialen Steuerspartricks zusehends verarmen.

Die NPD setzt sich daher auf dem Weg zu einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung übergangsweise für eine soziale Steuerreform ein. Ihre Grundzüge lauten:

- Die Mehrwertsteuer muß gerecht gestaffelt werden – Die gegenwärtige Zweiteilung der Mehrwertsteuer wird den Erfordernissen nicht gerecht. Die NPD strebt die Einführung zweier zusätzlicher Mehrwertsteuerklassen an. Güter des täglichen Bedarfs wie Brot, Butter, Milch, Margarine usw. werden von der Mehrwertsteuer befreit. Luxusgüter hingegen, die der Gemeinschaft unverhältnismäßig hohe Summen für den privaten Konsum entziehen, die nicht mehr für volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen zur Verfügung stehen, wie beispielsweise Kaviar oder Luxuskarossen, werden mit einem Mehrwertsteuersatz von 30% belegt.
- Abschaffung der antisozialen Öko-Steuer in der gegenwärtigen Form - Die gegenwärtige Gesetzeslage erlaubt es Großunternehmen durch raffinierte Finanztricks, ihre Steuerzahlungen auf nahezu Null zu drücken. Diese Steuerausfälle müssen von ehrlich arbeitenden Arbeitern und Angestellten bezahlt werden. Aus diesem Grunde wurde die Öko-Steuer eingeführt, die gegenwärtig ihrer Funktion als ökologischer Lenkungssteuer und Einnahmequelle zur Senkung der Lohnnebenkosten nicht gerecht wird, sondern lediglich dazu dient, die durch die Steuerpraxis der Großkonzerne entstandenen Steuerausfälle bei Geringverdienern wieder einzutreiben.
- Nach einer Gesetzesänderung des Schröder-Regimes haben global tätige Konzerne die Möglichkeit, die Gewinne der Muttergesellschaft mit den Verlusten der Tochtergesellschaften zu verrechnen - oder umgekehrt. Daimler etwa zahlt an seinem Firmensitz in Stuttgart schon seit Jahren keine Gewerbesteuer mehr, weil das Management die rechtlichen Möglichkeiten geschickt nutzt. BMW läßt München, Landshut und Regensburg auf diese Weise für seine Rover-Sünden büßen. Inzwischen haben auch findige Banken, Versicherungen und Energieriesen das Gewerbesteuer-Sparmodell für sich entdeckt. Sie kaufen Konkurrenten auf, bilden so genannte "steuerliche Organschaften", schmälern dadurch ihre Gewinne und lassen den Fiskus bluten. Auch der Großkonzern Eon zahlt an seinen deutschen Standorten keine Steuern mehr. Deshalb fordert die NPD, daß die Verluste von ausländischen Tochtergesellschaften deutscher Konzerne bei der Gewerbesteuerfeststellung nicht mehr steuermindernd angerechnet werden dürfen und auch keine Verlustvorträge von ausländischen Tochterunternehmen deutscher Konzerne zur Gewerbesteuersenkung mehr möglich sind.

- Durch ein Übereinkommen im kleinen Kreis sicherte BRD-Kanzler Schröder im November 1999 den Großbanken die Steuerfreiheit bei Beteiligungsverkäufen zu, um im Gegenzug die weitere Vergabe von Bankkrediten an den angeschlagenen Bauriesen Holzmann sicherzustellen. Die NPD meint: Selbstverständlich kann es keine Steuerprivilegierung ausgerechnet bei den Umsätzen geben, die mit Beteiligungen erzielt werden, während beim Umsatz mit Lebensmitteln Mehrwertsteuer anfällt. Kauf und Verkauf von Unternehmensanteilen sind als Spekulation zu betrachten und entsprechend zu besteuern.
- Gerechtere Anwendung der Wohnungsbauförderung. Es darf nicht sein, daß eine deutsche Familie für ein Einfamilienhaus zur Eigennutzung im Wert von 200.000 Euro durch Zins und Zinseszins im Laufe von 30 Jahren bis zu 600.000 Euro für die Rückzahlung eines Darlehens aufwenden muß. Die bisherige Wohnungsbauförderungspolitik ist nur an der Herstellung neuer Wohnungen interessiert, nicht an der Schaffung von Eigentum für einkommensschwache Familien. Bisher hat nur der einen Vorteil, der auch soviel verdient, daß er Steuern absetzen kann. Im Mittelpunkt nationaler Wohnungsbauförderung steht die Schaffung von Eigentum für sozial schwache und kinderreiche deutsche Familien. Statt steuerliche Abschreibung sollte der Staat die zu zahlenden Zinsen, entsprechend der Zahl der in einer Familie lebenden Kinder und eventueller Eigenleistungen, teilweise oder ganz übernehmen.
- Das Schröder-Regime hat bei der Steuerreform noch ein paar zusätzliche Schlupflöcher für Großkonzerne und die Finanzindustrie geschaffen. Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften bleiben ebenso steuerfrei wie Dividenden, die innerhalb eines Konzerns von den Tochterunternehmen ausgeschüttet werden. Diese unsoziale Privilegierung des Großkapitals darf nach Ansicht der NPD keinen Bestand haben.

Belebung der nationalen Konjunktur

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit muß mit einem Programm zur Belebung der nationalen Konjunktur einhergehen. Zentraler Ansatzpunkt dabei ist, die Rahmenbedingungen für Investitionen, die dem ganzen Volk zugute kommen, zu verbessern:

- Für Unternehmen mit geringer Eigenkapitaldecke muß der Staat zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellen. – Viele Investitionen gerade von Klein- und Mittelunternehmen können gegenwärtig nicht getätigt werden, da die Zinslast, die die Banken diesen Firmen auferlegen, nicht getragen werden können oder diese langfristig erdrücken. Die Umsetzung der europäischen Richtlinie für die Vergabe von Krediten an Kleinunternehmen und den Mittelstand (Basel II) wird die Lage noch verschlimmern und im Jahre 2006 die gegenwärtige Pleitewelle in der BRD noch höher anschwellen lassen. Ein bürokratiearmes, bankfreies Genehmigungsverfahren zur Vergabe günstiger, staatlicher Investitionskredite ist zu entwickeln, welches es Unternehmern ermöglicht, ihr gesamtes kreatives Potential in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.
- Abschreibungszeiten verkürzen – Viele Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmen zögern dringende Investitionen so weit wie möglich hinaus, da diese die Steuerlast wegen der langen Abschreibungsfristen in Deutschland nur sehr langfristig senken, die kurzfristige Steuerbelastung aber kaum senken. Das Schröder-Regime hat die Abschreibungsfristen noch verlängert, um kurzfristige Haushaltslöcher zu stopfen und die Bilanz zu schönen. Dieser Taschenspielertrick wirkt sich volkswirtschaftlich jedoch negativ aus.
- Neuregelung bei der Erbschaftssteuer für Unternehmen – Bei der Vererbung von Betrieben fallen enorme Erbschaftssteuern an, die viele Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben nicht zahlen können. Sie sind daher gezwungen, Kredite bei Banken aufzunehmen, die sie entweder nicht erhalten oder deren Zinsbelastung das Unternehmen in den Konkurs treibt. Für Unternehmen, die nicht veräußert werden, ist die Erbschaftssteuer zu senken. Der volle Erbschaftsteuersatz wird erst bei der Veräußerung des Unternehmens fällig, da er dann den Fortbestand des Unternehmens nicht mehr gefährdet. Zudem ist die Fälligkeit der Erbschaftssteuer an das einzelne Unternehmen anzupassen und firmenverträglich zu strecken.
- Steuerfreiheit für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben und somit für Investitionen zur Verfügung stehen – Diese Maßnahme macht die Investition in das eigene Unternehmen attraktiver und verbessert gerade bei Klein- und Mittelbetrieben die gegenwärtig sehr geringe Eigenkapitaldecke. Bei der Entnahme der Gewinne zu privaten Zwecken werden die üblichen Steuern fällig.
- In Mitteldeutschland ist die Existenz vieler Klein- und Mittelbetriebe, gerade im Handwerk, durch die Konkurrenz mit staatlich subventionierten ABM-Stellen gefährdet. Diese gezielt geförderte Arbeitsplatzvernichtung ist zu stoppen. Die NPD setzt sich dafür ein, daß Unternehmen, die ABM-Stellen unterhalten, nicht in Konkurrenz mit anderen Unternehmen treten dürfen. ABM-Stellen dürfen die Be-

lebung der Konjunktur in Mitteldeutschland nicht abwürgen. Sie sollten insbesondere dort geschaffen werden, wo sie nicht in Konkurrenz mit dem ordentlichen Arbeitsmarkt treten, beispielsweise in bestimmten Segmenten des öffentlichen gemeinnützigen Beschäftigungssektors im Bereich der sozialen Dienstleistungen, zivilen Bedürfnisse, des Umweltschutzes und der Kultur.

ABM-Stellen können auch zum Abbau von Überstunden genutzt werden, ohne daß hierbei staatliche Subventionierung betrieben werden darf oder die Schaffung einer neuen Stelle verhindert wird. Dies dient zur Erholung der Arbeitskraft des regulären Arbeitsplatzinhabers und zur Erhaltung oder Erweiterung der Fähigkeiten der ABM-Kraft.

Lohnnebenkosten senken

Das Maßnahmenpaket der NPD zur Wirtschaftspolitik wird die Erwerbsquote steigern. Insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen in Industrien, die in den letzten Jahren Arbeitsplätze ins Ausland exportiert haben, wie beispielsweise die Grundstoffindustrie oder die Textilindustrie, wird wieder attraktiv werden. Dies hat zur Folge, daß mehr Menschen als bisher in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen und die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zurückgehen wird. Diese Entlastung der sozialen Sicherungssysteme ermöglicht eine Senkung der Lohnnebenkosten.

Eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten erfolgt über die Ausgliederung sachfremder Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen. Arbeit wird so billiger. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen, was wiederum zu einer Senkung der Arbeitskosten führt. Eine positive Spirale kommt in Gang.

Gemeinschaft stärken - Familien fördern

Ein halbes Jahrhundert verfehlter etablierter Politik hat das heutige Deutschland zu einem kinderarmen Land gemacht, die Volksgemeinschaft zu einer kinderfeindlichen Gesellschaft werden lassen. Die Folgen sind verheerend:

- Das fatale Ergebnis ist ein negatives Bevölkerungswachstum, welches schon mittelfristig das biologische Überleben des deutschen Volkes in Frage stellt. Von den 600.110 im Jahre 1999 in der BRD Lebendgeborenen waren nur 457.588, also 76%, Kinder deutscher Eltern. Die Folgen der Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechtes durch die Regime Kohl und Schröder sind verheerend. Schon 1997 erhielten 42.340 Türken aufgrund der CDU/CSU/FDP-Gesetzgebung die deutsche Staatsbürgerschaft. Infolge der formalen Einführung der „doppelten Staatsbürgerschaft“ stieg diese Zahl im Jahre 1999 auf 103.400.
- Das deutsche Sozialsystem, lange vorbildlich in der Welt, basiert auf der solidarischen Verantwortung der Generationen füreinander. Ein solcher Generationenvertrag zur Sicherung des Rentensystems kann nicht funktionieren, wenn immer weniger junge Menschen für immer mehr ältere aufkommen müssen. Während gegenwärtig 100 Erwerbspersonen für 43 Rentner sorgen, werden sie nach optimistischen Schätzungen im Jahr 2030 bereits für 61 Rentner sorgen müssen. Die Ursache hierfür liegt nicht nur in der gestiegenen Lebenserwartung, sondern in erster Linie darin, daß die Deutschen kaum noch Kinder bekommen.
Die auf eigenverantwortlicher Kapitaldeckung basierende sogenannte „Riester-Rente“ ist die Bankrotterklärung etablierter Familien-, Bevölkerungs- und Rentenpolitik.
- Im Jahre 2000 wuchsen in über der Hälfte der Haushalte mit Kindern Einzelkinder auf (50,2%). Dieser Sachverhalt ist für die Entwicklung der Kinder äußerst nachteilhaft, da Einzelkinder durch den fehlenden Umgang mit Geschwistern zahlreiche soziale Verhaltensregeln nicht oder viel schwerer erlernen. Eine Reihe negativer Verhaltensmuster der heranwachsenden Jugend haben hierin ihre Ursache.

Die herrschenden Parteien zeigen sich unfähig und unwillig, die Ursachen dieser Mißstände abzustellen und versuchen das Volk durch hilflose Versuche, Kosmetik an den Ergebnissen ihrer verheerenden Politik zu betreiben, ruhigzustellen. Maßnahmen zur Behebung des Kindermangels der Deutschen, beispielsweise durch sozialpolitische Maßnahmen, werden nicht eingeleitet. Statt dessen wird eine, den Sozialstaat aushöhlende, asoziale Rentenreform durchgeführt. Auch hier wird der Gemeinschaftsgedanke, der im solidarischen Generationenvertrag bestand, durch das individualistische und rücksichtslose Prinzip der Eigenvorsorge ersetzt.

Ausländer gefährden Rentenkassen

Die beschriebenen Probleme werden nun dazu instrumentalisiert, weitere Ausländerströme nach Deutschland umzulenken. Die etablierten Parteien behaupten, die fehlenden deutschen Kinder könnten durch Millionen zusätzlich in unser Land geholte „Einwanderer“ ersetzt werden. Dies ist ein weiterer Versuch, den breiten Widerstand gegen die multikulturellen Wahnideen der Herrschenden zu brechen. Die Deutschen sollen gefügig gemacht werden, der vom Kapital gewünschten Überfremdungspolitik zuzustimmen, indem ihnen eingeredet wird, nur diese Maßnahme könnte ihre Renten sichern, andernfalls drohe Altersarmut. Einige Zahlen belegen die Widersinnigkeit dieser Behauptung:

- Die Erwerbsquote der in der BRD lebenden Ausländer ist niedriger als die der Deutschen. Während mehr als jeder dritte Deutsche sozialversicherungspflichtig tätig ist (34,6%), ist dies bei nur bei jedem vierten Ausländer (26,9%) der Fall. Zudem liegt der durchschnittliche Verdienst der in der BRD ansässigen Ausländer etwa 15% unter dem der Deutschen. Sie zahlen somit weitaus weniger in die Sozialkassen ein, als dies bei Deutschen der Fall ist.
- Hinzu kommt die hohe Belastung der Sozialkassen durch Ausländer. So erhielten Ende 2000 nur 2,8% der Deutschen Sozialhilfe, während dies bei 8,2% der Ausländer der Fall war. In diesen Zahlen sind Asylbewerber, die keine Sozialhilfe, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, nicht enthalten.
- Auch die hohe Kriminalitätsquote der Ausländer belastet die Sozialkassen. So besaßen im Jahr 2001 24,9% der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen nicht die BRD-Staatsbürgerschaft, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung „nur“ 8,9% ausmacht.

- Ein weiterer Effekt, der sich langfristig negativ auf solidarische Versicherungssysteme auswirkt, ist der geringe Solidarisierungseffekt zwischen Gruppen unterschiedlicher ethnischer Abstammung. Dies führt zu Verteilungskämpfen zwischen den verschiedenen Volksgruppen und damit zum Abbau sozialer Systeme.

Entgegen den Behauptungen der Herrschenden ist die geringe Geburtenrate der Deutschen kein unabänderliches Problem, auf das die Politik keinerlei steuernden Einfluß ausüben könnte.

In einer an ein Leben im Wohlstand gewöhnten Gesellschaft stellt eine große Familie für die große Mehrzahl der Menschen eine Belastung dar, die sie finanziell und vom damit verbundenen Aufwand her kaum bewältigen können.

Die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Ausländer stammt jedoch aus Regionen mit weit geringerem Lebensstandard, gänzlich verschiedenem kulturellen und religiösen Hintergrund sowie einem anderen Verständnis der Rolle der Frau und der Funktion der Familie. Vor diesem Hintergrund ganz anderer Anspruchshaltungen ist die unterschiedslos auch an Nichtdeutsche vergebene Familienförderung und soziale Absicherung im BRD-Staat ein Anreiz, viele Kinder zu bekommen und so den Ausländeranteil an der BRD-Bevölkerung weiter in die Höhe zu treiben. Sinn und Zweck des Kindergeldes ist es zudem, den Bestand des eigenen Volkes zu sichern, indem Familien die Möglichkeit gegeben wird, Kinder zu bekommen und zu erziehen. Die Zahlung von Kindergeld an Ausländer bringt dem deutschen Volk jedoch keinerlei Nutzen.

Die NPD wird die Renten u.a. durch folgende Maßnahmen sichern:

- Ausgliederung der Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem
- Beendigung der Transferzahlungen, z.B. des Kindergeldes, an Nichtdeutsche
- Sicherung der Rente durch eigenes Bevölkerungswachstum statt „Riester-Rente“ und Masseneinwanderung!

Die Familie als Solidargemeinschaft

Darüber hinaus werden alle Bemühungen, wieder ein normales Wachstum der deutschen Bevölkerung zu erreichen, durch das von etablierten Politikern, BRD-Medien und „Gesellschaftsgrößen“ propagierte Leitbild schrankenloser Selbstverwirklichung auf Kosten der Gemeinschaft konterkariert. Häufig ist es nicht der Wunsch der Frau nach beruflicher Selbstverwirklichung im Sinne der Emanzipationspropagandisten, der viele Paare zu kinderlosen Doppelverdienern macht, sondern der von den Medien und Werbestrategen suggerierte Drang, immer mehr konsumieren zu müssen. Diese haben alle Werte zerstört und definieren die Höhe des sozialen Status, nach dessen Verbesserung nahezu jeder Mensch strebt, nun über die Höhe des persönlichen Konsumniveaus. Der so ausgeübte soziale Druck führt zu vielen Doppelverdienerhaushalten. Sowohl die Erfüllung des Einzelnen durch ein glückliches Familienleben mit Kindern, als auch die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, gerade hinsichtlich der Sicherung ihres Fortbestandes, wird negiert.

Auch die Alten gehören zur Gemeinschaft

Der Zustand einer Gesellschaft läßt sich gerade an ihrem Umgang mit den Menschen der älteren Generation ablesen. In weiten Teilen der BRD-Konsumgesellschaft ist die Mentalität gängig, Senioren leichterding in Pflegeheime abzuschieben – allzuoft selbst dann, wenn es sich noch keineswegs um Pflegefälle handelt. Die NPD setzt auf die Familie als Solidargemeinschaft und will daher mit Mitteln aus der Pflegeversicherung die Pflege zu Hause fördern. Familien, welche ältere Angehörige im häuslichen und damit menschlicheren Rahmen pflegen, müssen vom Staat gefördert werden. Die Sachgerechtigkeit der Betreuung ist jedoch – besonders bei schwierigen Pflegefällen – regelmäßig durch die Sozialbehörden zu überprüfen.

Wie auch die Rentenversicherung hängt die weitere Tragkraft der Pflegeversicherung existentiell von der Schaffung eines gesunden Bevölkerungswachstums ab. Solidarische Sicherungssysteme können nur auf der Grundlage einer breiten nachwachsenden Generation funktionieren.

Die Altenbetreuung in Deutschland leidet stark unter immens hohen Kosten und unter dem Mangel qualifizierten Personals. Die hohen Kosten werden zum großen Teil an die Senioren bzw. ihre Familien weitergegeben, was für viele eine kaum zu bewältigende Belastung darstellt. Die Bezahlung des im Schichtbetrieb arbeitenden Pflegepersonals ist dennoch vielfach so schlecht, daß zu wenig Bewerber für die vorhandenen Stellen zur Verfügung stehen.

Die NPD hält es angesichts dieser Situation und der gleichen Mißstände im gesamten Gesundheitswesen für geboten, ein soziales Pflichtjahr auch für Frauen einzuführen. Eine solche Maßnahme würde

gleichzeitig die mit dem Gleichheitsgrundsatz nicht in Einklang stehende Ungleichbehandlung zu Ungunsten der zum Wehr- oder Ersatzdienst verpflichteten Männer beenden.

Die intakte Familie als Kern gesellschaftlichen Miteinanders

Für die NPD stellt das Gemeinwohl des deutschen Volkes die Maxime allen politischen Handelns dar. Durch die Schaffung eines sozial gerechten Rahmens werden die Interessen des Einzelnen mit denen der Gemeinschaft in Einklang gebracht, damit der Einzelne von Schutz, Geborgenheit und Identität der Gemeinschaft profitieren kann.

Die NPD betrachtet die klassische Familie als Fundament völkischen Gemeinschaftslebens. Ihre grundgesetzlich verbriefte, herausragende Stellung muß mehr denn je im Zentrum staatlicher Förderung stehen. Kernziele der Familienpolitik der NPD sind:

- Kein deutsches Paar soll von seinem Kinderwunsch Abstand nehmen müssen, nur weil die Finanz- und Wohnraumsituation dies nicht zulassen.
- Einer der Partner soll sich vollständig der Kindererziehung widmen können, ohne daß der Familie hierdurch gravierende finanzielle Nachteile entstehen.
- Bei gewünschter fortdauernder Berufstätigkeit beider Partner ist der Kinderwunsch durch umfassende und erzieherisch kompetente Betreuungsangebote des Staates nach Kräften zu fördern.

Die NPD will daher Folgendes erreichen:

- Garantie eines Kindergartenplatzes für jedes deutsche Kind.
- Anspruch auf kompetente Ganztagsbetreuung in der Schule, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind.
- Einführung eines nach der Anzahl der Kinder gestaffelten Muttergehältes mit voller Anrechnung auf Renten- und Pflegeversicherung.
- Ausdehnung des gesetzlichen Mutterschaftsurlaubes auf vier Jahre.
- Finanziell abgesicherte Freistellung alleinerziehender Mütter und Väter vom Arbeitsmarkt bis zur Einschulung des Kindes.
- Bevorzugte Vergabe von Halbtagsstellen an Alleinerziehende.

Familienförderung statt Konzernsubvention

Die Steuergesetzgebung muß mehr denn je zum Steuerungsinstrument staatlicher Bevölkerungspolitik werden. Eine umfassende Steuerreform, die kinderreiche deutsche Familien in allen besteuereungsrelevanten Bereichen gegenüber kinderlosen Alleinstehenden und Doppelverdienern bevorzugt, muß Kinderreichtum wieder attraktiv machen.

Parallel dazu muß eine deutliche Steigerung der direkten staatlichen Transferzahlungen, z.B. des Kindergeldes, an kinderreiche deutsche Familien erfolgen:

- Erhöhung des Kindergeldes auf 500€ für das erste Kind, für alle weiteren Kinder gestaffelt nach dem Realeinkommen der Eltern. Liegen dem Jugendamt ernsthafte Hinweise auf den Mißbrauch des Kindergeldes vor, so wird dieses in Form von Sachleistungen, z.B. Gutscheine für Bekleidung, Kinder- und Jugendliteratur oder Besuch von Freizeitparks, ausgezahlt.
- Gewährung eines Familiengründungsdarlehens zur Haushaltsausstattung und Ausstattung des Kindes durch den Staat. Vergabe an junge deutsche Familien bei Erhalt des ersten Kindes. Zinslose mittelfristige Rückzahlung in Abhängigkeit vom Verdienst. Reduzierung der rückzahlbaren Summe um ein Drittel mit dem Erhalt jedes weiteren Kindes.

Angemessener Wohnraum für Familien

Notwendige Voraussetzung für die Entstehung größerer Familien ist eine grundlegende Veränderung der Wohnraumsituation. Jede Familie muß in einer angemessen großen Wohnung bzw. Haus leben können, unabhängig vom jeweiligen Einkommen.

Daher setzt sich die NPD für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

- Auflage eines großzügigen staatlichen Bauprogramms für junge Familien. Gewährung staatlicher Darlehen zum Eigenheimbau. Reduzierung der rückzahlbaren Summe bei Erhalt weiterer Kinder.
- Vergabe von Wohnraum vorrangig für Deutsche.
- Abriß menschenfeindlicher Wohnghettos in den Städten. Schaffung angemessenen, menschenwürdigen Wohnraums durch staatliche Bauprogramme und entschiedene Förderung des privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Ziel ist ein freundliches Wohnumfeld ohne soziale Brennpunkte, orientiert am Modell „Gartenstadt“.

Urlaub und Freizeit müssen für Familien bezahlbar sein!

Freizeit- und Urlaubsgestaltung stellen für viele Familien ebenfalls große finanzielle und organisatorische Belastungen dar. Vielfach können sich kinderreiche Familien keinen Urlaub leisten. Dies führt zu Stress und erhöhter gesundheitlicher Belastung. Zudem ist die fehlende Urlaubsmöglichkeit in der heutigen Konsumgesellschaft mit sozialem Abstieg gleichzusetzen.

Auch Freizeit- und Bildungsangebote, wie der Besuch von zoologischen Gärten, Schwimmbädern oder Theatern, sind mit Kosten verbunden, die für viele Familien unerschwinglich sind. Gerade der Besuch dieser Einrichtungen, ebenso wie die Wahrnehmung von Volkshochschulangeboten, wirkt sich auf Sozialverhalten und Bildung der Kinder sehr positiv aus.

Auch auf anderen Sektoren entstehen Eltern immense Kosten, die in direktem Zusammenhang mit dem Kinderreichtum stehen. Dies ist beispielsweise bei den Kosten für die Mobilität der Kinder der Fall. Hier ist es sinnvoll, die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu fördern, um die Kinder so an die Wahrnehmung dieses Transportangebotes, welches umweltfreundlicher als der Individualverkehr ist, zu gewöhnen.

Daraus ergeben sich folgende Schlußfolgerungen für die Förderung von Familien:

- Die Familienfreizeit muß sinnvoll gestaltet werden können! - Der Besuch von öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, zoologischer Gärten oder Theatern muß für Kinder kostenlos sein.
- Mobilität muß umweltfreundlich gesichert werden! – Die kostenlose Nutzung des ÖPNV durch Kinder ist zu gewährleisten.
- Bildung darf kein Luxus sein! – Die Lehrmittelfreiheit ist bundesweit durchzusetzen.
- Urlaub muß bezahlbar bleiben! – Es ist Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, daß auch kinderreiche Familien die Möglichkeit zu einer Urlaubsreise haben. Er hat dies durch die Schaffung eigener günstiger Einrichtungen oder durch Familienbeihilfe für preisgünstige private Einrichtungen sicherzustellen.

Die Schaffung kinderfreundlicher sozialer Rahmenbedingungen muß jedoch einhergehen mit einer Änderung der gesellschaftlichen Mentalität im Hinblick auf eine Stärkung des Gemeinschaftsgedankens, des Verantwortungsgefühls auch für die nachwachsenden Generationen unseres Volkes und eines kinderfreundlichen gesellschaftlichen Klimas.

Kinder brauchen den Schutz der Gemeinschaft

Die BRD-Gesellschaft mit ihren sozialen Zerrüttungen bietet weitgehend keine Grundlage mehr für ein kindgerechtes, problemarmes Heranwachsen. Ein großer Teil der Kinder wächst in schwierigen bis nachhaltig gestörten Familienverhältnissen auf. Für allzu viele von ihnen gehört familiäre Gewalt zum Alltag, die häufig aus sozialen Notlagen und den daraus entstehenden Konflikten resultiert. Wohnghettos aus tristen Hochhäusern oder Mietskasernen stellen den idealen Nährboden für ein Klima der Frustration und Gewalt dar.

Die Zahl der Alleinerziehenden wächst. Im Jahr 2000 gab es in der BRD knapp 3 Millionen alleinerziehende Väter und Mütter, dies entspricht 13,2% aller Familien. Diesen Kindern fehlt eine wichtige Bezugsperson. Alleinerziehende Mütter können nicht die Rolle des Vaters übernehmen, Väter nicht die der Mutter. Hinzu kommt die enorme zeitliche Belastung. Alleinerziehende Berufstätige sind daher nicht ausreichend in der Lage, sich der notwendigen Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu widmen. Die auch in der Freizeit häufig sich selbst überlassenen sogenannten „Schlüsselkinder“ finden vermeintlichen Ersatz in Jugendcliquen oder bei der Beschäftigung mit Unterhaltungselektronik.

Fernsehen, Computerspiele und Videofilme führen nicht nur zu einer Verkümmern der Sprachfähigkeit, zu Abstumpfung, Passivität und Phantasielosigkeit, über diese Medien und über das Internet erhalten sie Zugang zu gewaltverherrlichenden und/oder perversen Inhalten, die sie nicht verarbeiten können und ihre Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig negativ belasten. Auswüchse solcher geistig-moralischen Deformationen sind etwa Massaker wie jenes in Erfurt.

Die darauf stets einsetzende heuchlerische Betroffenheit etablierter Politiker vermag nicht zu kaschieren, daß sie für die geistige Überfremdung Deutschlands durch die Tiefen US-amerikanischer Unterhaltungsprodukte hauptsächlich verantwortlich sind.

Der Staat muß dafür Sorge tragen, daß Eltern ihre Kinder nicht sich selbst überlassen müssen, oder ersatzweise selbst dieser Erziehungs- und Betreuungspflicht nachkommen.

Kinder und Jugendliche müssen zudem nachhaltig vor dem seelisch deformierenden Einfluß primitiver und gewaltverherrlichender Unkultur in den Medien – sei sie US-amerikanischer oder anderer Herkunft – geschützt werden. Entsprechende Medien müssen mit allen Mitteln aus dem Verkehr gezogen werden.

Viele junge Menschen sind auf ihre Aufgabe als Eltern nur unzureichend vorbereitet und daher bei der Versorgung und Erziehung von Kindern überfordert. Die NPD hält es daher für sinnvoll, Kindererziehung und Haushaltsführung bereits in der Schule, in Form eines eigenen Schulfaches ab der 10. Klasse, zum Thema zu machen. Zusätzlich sollten entsprechende Ausbildungskurse für werdende Eltern angeboten werden, um eine möglichst große erzieherische und betreuerische Kompetenz der Eltern zu gewährleisten.

Kinder haben ein Recht auf eine Erziehung, die sie zu wertvollen Mitgliedern der Gemeinschaft macht. Die Kindererziehung darf daher nicht zur reinen Privatsache degradiert werden. Zudem werden häufig auftretende Defizite elterlicher Erziehung von den Kindern an die Gemeinschaft weitergegeben. Jugendgewalt, Drogenkonsum, Alkoholismus, Vandalismus und fehlende Leistungsbereitschaft im Bildungsbereich und Beruf sind die langfristigen, heute bereits allgemein um sich greifenden Folgen einer in der BRD üblich gewordenen Gleichgültigkeit von Eltern, Schule und staatlichen Behörden.

Nationaldemokratische Politik macht damit Schluß!

Familien mit Kindern genießen besonderen Schutz

Die NPD tritt einer Aufweichung des Familienbegriffs und seiner Ausdehnung auf alle Arten von Lebensgemeinschaften entschieden entgegen. Unter dem Primat des Gemeinschaftsinteresses sind nur solche Lebensgemeinschaften von Mann und Frau, die Kinder haben, zu fördern. Unser Ziel ist die eheliche Lebensgemeinschaft. Keinesfalls dürfen kinderlose Verheiratete gegenüber Unverheirateten mit Kindern in irgendeiner Form, namentlich finanziell, bevorzugt werden. Alleinerziehende dürfen steuerlich nicht benachteiligt werden.

Eine rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften lehnen wir ab.

Schutz des ungeborenen Lebens

Dem Schutz des ungeborenen Lebens muß die besondere Fürsorge des Staates gelten. Seine Tötung aus sozialen Gründen ist eines reichen Landes wie Deutschland unwürdig. Keine Frau darf befürchten müssen, durch Schwangerschaft in eine soziale Notlage zu geraten.

Eine Abtreibung darf generell nur bei Schwangerschaften infolge von Vergewaltigungen, bei Vorliegen einer gesundheitlichen Gefährdung der Mutter oder bei nachweislich schwerer Behinderung oder Belastung eines Kindes mit einer Erbkrankheit erfolgen.

Sicherheit stärken - Verbrechen bekämpfen

Seit Jahrzehnten wächst in der BRD die Kriminalität. Seit Jahrzehnten überschütten die Politiker der herrschenden Parteien, gelegentlich als „Regierung“, dann wieder als „Opposition“, die deutschen Menschen in der BRD mit einer Flut von Phrasen zum Thema innere Sicherheit.

Solche Debatten enden regelmäßig mit großspurigen Versprechungen, die nicht erfüllt werden oder sogar mit der Einleitung von Maßnahmen, die als „Reformen“ kaschiert werden, im Ergebnis aber Kriminalität strukturell fördern. Wird anschließend eine dramatische Zunahme der Kriminalität gemessen und zeigen die Kriminalstatistiken eindrucksvoll die Folgen der Sicherheitspolitik der herrschenden Parteien von PDS bis CSU, dann werden die Erfassungskriterien für die Statistiken manipuliert oder es werden gar Straftaten durch Gesetzesänderung legalisiert und auf diese Weise ein „Rückgang“ der Kriminalität erreicht. Die Bedrohung des Bürgers durch Verbrechen wird jedoch immer stärker, Sicherheit ist zu Unsicherheit geworden, wie selbst die offiziellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik des Jahres 2001 zeigen:

- Im Jahre 1970 verzeichnete die polizeiliche Kriminalstatistik noch 2.413.586 Fälle, das entsprach 3.924 Fälle pro 100.000 Einwohner. Diese Zahl stieg in den folgenden Jahrzehnten von 3.815.774 im Jahre 1980 (=6.198 Fälle pro 100.000 Einwohner) über 4.455.333 im Jahre 1990 (=7.108 Fälle pro 100.000 Einwohner) auf 6.363.865 Fälle im Jahre 2001 (=7.736 Fälle pro 100.000 Einwohner) an.
- Der Anteil der Kinder unter 14 Jahren an den Tatverdächtigen nahm von 4,3% (=62.500) im Jahre 1990 auf 6,3% im Jahre 2001 (=143.045) zu. Der Anteil der Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren nahm von 9,8% (=141.244) im Jahre 1990 auf 13,1% (=298.983) im Jahre 2001 zu. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, daß die BRD nicht mehr in der Lage ist, sittliche Werte zu vermitteln.
- Besonders dramatisch ist die Zunahme der Gewaltkriminalität. Wurden im Jahre 1970 noch 60.701 Fälle (=99 Fälle pro 100.000 Einwohner) erfaßt, waren es im Jahre 1980 schon 99.554 (=162 Fälle pro 100.000 Einwohner), 1990 109.997 (=175 Fälle pro 100.000 Einwohner) und 2001 schließlich 188.413 (=229 pro 100.000) Einwohner. Gerade diese Art der Kriminalität, die für die Opfer mit den schlimmsten Folgen verbunden ist, nahm besonders stark zu.

Multikulturelle Gesellschaft – multikriminelle Wirklichkeit

Besonders auffällig ist der hohe Anteil von ausländischen Tatverdächtigen. Ihr Anteil liegt weit über ihrem Bevölkerungsanteil. Eine Ursache dafür liegt in der völlig verfehlten Bevölkerungspolitik der herrschenden Parteien. Menschen haben wesentlich weniger Hemmungen, Fremde zu betrügen oder andere Straftaten gegen sie zu verüben als gegenüber Bekannten oder Personen, die sie der eigenen Gruppe zurechnen. Daher ist es völlig klar, daß Ausländer, die Deutsche zwangsläufig als Fremde empfinden, wesentlich eher zu Verbrechen gegenüber Deutschen und insbesondere gegenüber einem Gemeinwesen neigen, das sie nicht als das ihre empfinden. Selbst die offiziellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik belegen dies eindrucksvoll:

- Im Jahre 2001 standen 1.159.979 deutschen Tatverdächtigen 431.892 ausländische Tatverdächtige gegenüber. Der Anteil von Ausländern an den Tatverdächtigen beträgt somit 27,1%, obwohl ihr Anteil an der Bevölkerung nach denselben offiziellen Statistiken nur 8,9% beträgt.
- Besonders hoch war der Anteil von Ausländern im Jahre 2001 u.a. bei den Delikten des illegalen Handels und Schmuggels mit Kokain (58,7%), der illegalen Einfuhr von Kokain (54,9%), des Taschendiebstahls (53,5%), der Urkundenfälschung (52,1%), der Hehlerei von Kfz (43,4%), des illegalen Handels und Schmuggels von Heroin (37,6%), der sonstigen Hehlerei (35,5%), der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung (32,4%), des Mords und Totschlags (29,8%) und des Raubs, der räuberischen Erpressung und des räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer (31,4%).

Eine ganz andere Art von krimineller Bedrohung durch den multikulturellen Wahnsinn der Herrschenden ist am 11. September 2001 offenbar geworden. Durch die bedingungslose Unterwerfung der herrschenden Politiker unter den Willen der USA, von BRD-Kanzler Schröder zur „bedingungslosen Solidarität“ schön-geredet, wird die BRD auch Angriffsziel derer, die weltweit unter den Folgen des US-Imperialismus zu leiden haben. Verschärfend wirkt in diesem Zusammenhang die Aggressions- und Vernichtungspolitik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk, an der von den Herrschenden in der BRD keinerlei Kritik geübt wird.

Die besondere Gefährdung für die BRD-Bürger ergibt sich daraus, daß mittlerweile viele Gruppen, die gegen diese Politik kämpfen, dies auch von deutschem Boden aus tun und daher auch zu befürchten ist, daß sie eines Tages auch gegen Einrichtungen der US-Besatzungstruppen in Deutschland vorgehen und

dabei Deutsche in Mitleidenschaft ziehen oder direkt Einrichtungen der BRD, insbesondere solche, die dem US-Imperialismus dienen, angreifen.

Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß bei kriminellen Ausländern Ermittlungsverfahren unterdrückt oder bis zur gesetzlich vorgeschriebenen Einstellung verschleppt werden, die geltenden Gesetze sehr weit ausgelegt bzw. gar nicht angewandt werden oder Sondergesetze ein sinnvolles Vorgehen gegen kriminelle Ausländer, z. B. durch Ausweisung, unmöglich machen, um so die verheerenden Folgen der Überfremdungspolitik der herrschenden Parteien zu vertuschen.

Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität statt ihrer Symptome

Die herrschenden oligarchischen Parteien der BRD beschränken sich bei der Präsentation ihrer Konzepte auf Maßnahmen, die sich gegen die Symptome der Kriminalität richten, nicht aber gegen ihre Ursachen. Die Vermeidung von Kriminalität ist aber weitaus sinnvoller und steigert die Sicherheit der Bevölkerung in größerem Maße als eine bloße stärkere Verfolgung der Täter. Soziale Behinderungen, besonders im Fall jugendlicher, ausländischer Gewaltverbrecher, Armut und Konsumterror, Gier nach materiellem Besitz sind die Folgen einer zunehmend entsolidarisierten, sozial, kulturell, sprachlich und ethnisch stark differenzierten Gesellschaft und müssen als Hauptursache der Kriminalität in der BRD betrachtet werden. Die NPD setzt sich für folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität ein:

- Der Werteverfall der Jugend ist Folge der Zersetzung der Gemeinschaft, der Zerstörung von Volk und Familie und der negativen Einflüsse des BRD-Mediensystems, namentlich der zersetzenden Einflüsse aus Hollywood. Die Zerstörung aller positiven Werte hat auch zur Folge, daß der Höhe des eigenen Konsumniveaus eine immer größere Bedeutung zugemessen wird und damit die Hemmschwelle, dieses Konsumniveau auf Kosten Anderer zu steigern, immer geringer wird. Die NPD hat daher ein breites Maßnahmenpaket zur Stärkung von Volk, Familie und Kultur sowie zur verbesserten Bildung von Jugendlichen entwickelt, welches den Beweggründen, die zur Kriminalität führen, auf breiter Ebene den Boden entzieht.
- Der multikulturelle Wahnsinn der Herrschenden produziert zwangsläufig Kriminalität. Die NPD hat auch aus diesem Grund einen Plan zur Ausländerrückführung entwickelt.
- Die Gewaltenverschränkung und der Parteienfilz schafft Korruption und Bestechlichkeit. Die NPD hat daher ein Konzept zur strikten Teilung der drei Gewalten und zur Reduzierung der Macht der Parteien entwickelt.
- Die Ausweglosigkeit der Lage auf dem Arbeitsmarkt der BRD und der damit verbundene soziale Abstieg vieler Deutscher führen ebenfalls zu einem Anstieg der Kriminalität. Die NPD hat mit der Formulierung ihrer Vorstellungen zur raumorientierten Volkswirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit zwei Konzepte vorgelegt, deren Umsetzung den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Vermeidung unschuldigen sozialen Abstiegs zur Folge haben werden.

Aus der Stärkung der Volksgemeinschaft durch diese Maßnahmen resultiert ein Rückgang der Kriminalität. Parallel gilt es aber auch, strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, die es potentiellen Kriminellen erschweren, ihre Absichten in die Tat umzusetzen. Eine wesentliche Voraussetzung vieler Arten von Kriminalität ist die Möglichkeit zur unkontrollierten Bewegung von Menschen, Material und Geld, insbesondere über die Staatsgrenzen hinweg. Die NPD fordert daher neben der Aufhebung des Schengener Abkommens eine verschärfte Kontrolle der Menschen-, Geld- und Warenströme, die die Staatsgrenze passieren.

Opferschutz statt Repression

Auch auf dem Gebiet der Symptombekämpfung lassen die herrschenden oligarchischen Parteien vielfach den erkennbaren Willen vermissen, die steigende Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Angeblich beschränkt sich die herrschende Politik deswegen auf das Dreschen dumpfer Phrasen, weil kein Geld, beispielsweise für eine bessere Organisation und Ausrüstung der Polizei, zur Verfügung steht.

Tatsächlich werden aber ungeheure Summen zur Verfolgung kritischer Menschen eingesetzt. Riesige Geheimdienstapparate zur Beschnüffelung der eigenen Bevölkerung sind entstanden, die Überwachung der Telefone erreicht immer gigantischere Ausmaße, ungeheure Summen werden zur Überwachung des Mobilfunkes¹ und des Internets aufgewendet. Gesetzesbrüche sind für die Geheimdienste mittlerweile an

¹ Diese Kosten werden zwar offiziell von den Mobilfunkanbietern getragen, tatsächlich sind damit aber immense Steuerausfälle verbunden.

der Tagesordnung. Aber zum wirksamen Schutz der Bevölkerung steht angeblich kein Geld zur Verfügung.

Die Maßnahmen des Staates gegen den Rauschgifthandel können nur als Tolerierung desselben durch die Herrschenden der BRD verstanden werden. Dies ist um so bedenklicher, da der Rauschgiftkonsum eine enorme Beschaffungskriminalität nach sich zieht.

Allein im Jahre 2001 gab es in der BRD 160 Fälle des Raubs zur Erlangung von Betäubungsmitteln, und 1.408 Fälle direkter Betäubungsmittelbeschaffungskriminalität. In 272.210 aufgeklärten Fällen, das sind 8,1% der insgesamt aufgeklärten Fälle, waren die Täter Konsumenten harter Drogen.

Gegen Rauschgiftkriminalität muß hart vorgegangen werden, da ihre Folgen gerade für die Rauschgift-süchtigen furchtbar sind. Neben den gesellschaftspolitischen Maßnahmen zur Rauschgiftprävention wird die NPD die Polizei mit umfangreichen Befugnissen zur Bekämpfung der Rauschgift Händler und ihrer Hintermänner ausstatten. Dazu gehört beispielsweise:

- Die Bündelung der Verfahren gegen Straßendealer, die jeweils nur mit kleinen Mengen Drogen aufgegriffen werden, damit eine Strafverfolgung wegen des Verbrechenstatbestandes des gewerbsmäßigen Handels mit Rauschgift ermöglicht wird. Dies ist Voraussetzung dafür, die Täter in U-Haft zu nehmen, sie mit hohen Freiheitsstrafen zu belegen und ausweisen zu können. Die gängige Praxis sieht so aus, daß ein ertappter Rauschgift Händler sich bereits wenige Stunden nach seiner Festnahme wieder auf freiem Fuß befindet und wieder seinen Rauschgiftgeschäften nachgeht.
- Einsatz von Brechmitteln zur Erlangung heruntergeschluckter Drogen als Beweismittel. Insbesondere schwarzafrikanische Straßendealer haben sich darauf eingerichtet, in Plastikkügelchen eingeschweißtes Kokain bis zum Verkauf im Mund zu bewahren. Zur Wahrung der Rechtseinheit ist die Polizei bundesweit zum Einsatz von Brechmitteln zur Erlangung von Beweisen zu ermächtigen.

Zudem ist auch das gegenwärtig unzureichende Angebot an Therapieplätzen für Rauschgiftsüchtige zu erweitern, um so möglichst vielen Betroffenen wieder ein normales Leben zu ermöglichen.

Todesstrafe für Kindermörder

Zigtausende von Kindern werden alljährlich Opfer sexueller Gewalt, die meisten davon in der eigenen Familie. Wer sich an den Schwächsten in der Gemeinschaft vergreift, muß unnachsichtig bestraft werden. Wiederholungstäter dürfen keine Gelegenheiten zu weiteren einschlägigen Straftaten bekommen und müssen ggf. in dauerhafte Sicherheitsverwahrung genommen werden. Für Kindermörder ist die Todesstrafe einzuführen. Für alle Sexualstraftäter ist eine bundesweite Gen-Datei zu führen.

Besonderes Augenmerk gilt jedoch nach nationaldemokratischer Auffassung der Vorbeugung. Aufgabe staatlicher Sexualerziehung muß es sein, Kindern und Jugendlichen ein unverkrampftes, unbelastetes und aufgeklärtes Verhältnis zur Sexualität zu vermitteln. Rechtzeitige Aufklärung schützt Kinder vor allzu naivem Vertrauen in die Handlungen Erwachsener, aber auch vor der Entwicklung eines unnatürlichen Verhältnisses zur Sexualität, das in vielen Fällen die Grundlage späterer Perversionen und Sexualstraftaten ist.

Besonders beim Schutz der Bevölkerung vor bereits verurteilten Verbrechen versagt die Politik der Herrschenden regelmäßig. Zahlreiche Schwerverbrecher, darunter auch Sexualverbrecher, kehren von ihrem Hafturlaub nicht zurück, vielfach begehen sie dann neue Verbrechen. Zur Stärkung der Sicherheit der Bevölkerung sind hier insbesondere Konsequenzen für die Psychologen einzuführen, die den Verbrechen, die erneute einschlägige Straftaten begehen, zuvor Unbedenklichkeit bescheinigt hatten.

Sicherheit stärken - Verbrechen bekämpfen

Selbstverständlich kann eine Volksgemeinschaft alleine nicht jede Form von Kriminalität ausschließen. Auch in ihr wird es Faule und Kranke geben, die sich auf Kosten der Gemeinschaft leicht bereichern wollen oder ihre krankhaften Triebe ausleben müssen.

Die Lösung des Problems ist nicht die Errichtung eines alle Lebensbereiche überwachenden Polizeistaates wie zu Zeiten der SED-Diktatur in Mitteldeutschland oder ähnlichen gescheiterten Modellen. Dem Modell dieser Staaten und der BRD, die sich mit atemberaubender Geschwindigkeit in die gleiche Richtung bewegt, erteilt die NPD eine klare Absage.

Deswegen wird eine NPD-Regierung folgende Maßnahmen durchführen:

- Die Entwicklung der BRD zum regimeschützenden Polizeistaat wird sofort beendet. Die Polizei hat dem Volk zu dienen und nicht den Mächtigen.
- Eine funktionierende Volksgemeinschaft ergibt soziale Kontrolle. Die soziale Kontrolle schützt vor der Versuchung. Sie ist aktive Verbrechensprävention. Der Grundsatz der gegenseitigen Verantwortung

als gesellschaftliches Ziel wird durch Erziehung erreicht werden. Gemeinschaft statt Individualismus und Egoismus.

- Die Außengrenzen des deutschen Staates müssen so gesichert werden, daß eine unkontrollierte Bewegung von Menschen, Material und Geld nicht stattfinden kann.
- Die Polizei wird umorganisiert, dezentralisiert und menschengerecht ausgerüstet, damit sie nicht vornehmlich dem Schutz der wenigen superreichen asozialen Kapitalisten und ihrer Komplizen in den herrschenden oligarchischen Parteien dienen muß, sondern ausschließlich dem Schutz des ganzen deutschen Volkes. Präsenzpolizei statt Reaktionspolizei.
- Im Strafvollzug erhalten die Gedanken der Gerechtigkeit, Sühne und Wiedergutmachung den Vorrang. Verbrechen darf sich nicht lohnen. Opferschutz geht vor Täterschutz.
- Zusätzlich zu den Prinzipien der Sühne und der Wiedergutmachung muß der Gedanke der sozialen Erziehung Einzug in den Strafvollzug nehmen. Keine Resozialisierung ohne vorherige soziale Erziehung.
- Der Schutz der Opfer von Gewaltverbrechen ist zu gewährleisten. Nicht erziehbare Kriminelle werden dauerhaft vom Volk ferngehalten. Auch hier gilt: Opferschutz geht vor Täterschutz.
- Einführung der Todesstrafe in besonders schweren Fällen bei wiederholtem Sexual-, Kindes-, Raub- und Massenmord und bei schwersten Fällen des Rauschgifthandels.
- Tatsächliche Unabhängigkeit der Justiz von jeglicher Außeneinwirkung, insbesondere seitens der vollziehenden Gewalt und der Medien.
- Eindämmung der Behördenwillkür durch Erweiterung der Strafrechtsbestimmungen für Amtsdelikte.
- Aufhebung des begangenen Unrechtes an Bürgern Mitteldeutschlands.
- Rehabilitierung aller Menschen, die von Unrechtsmaßnahmen der BRD-Justiz betroffen wurden.
- Die längst überfällige Anklage alliierter Massenmörder und die Revision der dies bislang verbietenden Verträge.
- Ausweisung krimineller Ausländer. Die Feststellung, daß im Heimatland eines Asylbewerbers strengere Strafen als in Deutschland gelten, darf der Ausweisung nicht im Wege stehen.
- Einführung einer wirksam arbeitenden Naturschutzpolizei.

Freiheit statt Totalitarismus

Die BRD entwickelt sich in wachsendem Maße zu einer totalitären Gesellschaft. Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird zunehmend nur noch denjenigen gewährt, die sich im Sinne der Herrschenden äußern. Filz und Korruption machen sich allerorten breit.

Das herrschende oligarchische Parteienkartell, von der CSU bis zur PDS, ist eine zentrale Versorgungseinrichtung, welche zu Lasten der Allgemeinheit den Wohlstand der Mitglieder der Kartellparteien sichert. Lukrative Posten werden nach Proporz und dem Grad der Hörigkeit, nicht aber nach Fähigkeit und Leistung verteilt. Sie nehmen maßgeblichen Einfluß auf alle drei staatlichen Gewalten: die Exekutive, die Legislative und die Judikative. Diese Oligarchie hat sich den Staat zur Beute gemacht.

Das demokratische Prinzip der Auslese der Besten wurde vom oligarchischen Parteienkartell abgeschafft. In den Parteien des Kartells bilden sich Seilschaften, die ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl ihre persönlichen Interessen rücksichtslos durchsetzen.

Die pausenlos propagierte Medienvielfalt existiert nicht. Die Massenmedien sind fest im Griff der Oligarchie. Die von ihnen verbreiteten Meldungen und Meinungen sind nahezu identisch. Sie schaffen virtuelle Realitäten zur Sicherung der Macht der Herrschenden.

Die Dissidentenverfolgung gewinnt an Schärfe:

- Die von den Kartellparteien verfassungswidrig kontrollierte Verwaltung wird instrumentalisiert, um Gruppierungen, die ernsthafte Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren: rechtswidrige Versammlungsverbote werden mittlerweile ebenso alltäglich erlassen wie willkürliche Auflagen, die die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit faktisch aushebeln. Dissidenten können ihre verfassungsgemäßen Rechte fast nur noch nach Klagen durch mehrere Instanzen wahrnehmen.
- Die Polizei wird für Repressionsmaßnahmen gegen politisch Andersdenkende mißbraucht. Anstatt ihrem Auftrag, den Bürger zu schützen, gerecht zu werden, setzt sie Wirte unter Druck, ihre Räumlichkeiten nicht Dissidenten zur Verfügung zu stellen, verhindert politisch unerwünschte Hauskäufe oder führt schikanöse Kontrollen durch. Sie wird bei Arbeitgebern und Schuldirektoren vorstellig, um diese auf die politische Einstellung nonkonformer Arbeitnehmer oder Schüler aufmerksam zu machen.
- Die Regierung betreibt mit Steuergeldern Hetze gegen Gegner von Globalisierung und multikulturellem Wahnsinn. Sie läßt hetzerische Plakate und Flugzettel drucken, hält Lehrer zur Gehirnwäsche ihrer Schüler an und finanziert zweifelhafte Einrichtungen, gerade im jugendpflegerischen Bereich, die sich an der Verfolgung von Dissidenten beteiligen.
- Neue Medien bieten immer weitere Überwachungsmöglichkeiten. Schon jetzt werden zahlreiche Telefone von Dissidenten überwacht, Filter zur Sperrung unerwünschter Internetseiten werden immer zahlreicher, Spezialgesetze zur Gesinnungskontrolle im Internet sind in Vorbereitung.
- Die Machenschaften der Geheimdienste richtet sich nicht gegen innere oder äußere Feinde des Staates. Während US-Geheimdienste bei der Industriespionage unbehelligt bleiben, richten sich die Aktivitäten der BRD-Geheimdienste gegen Bürger, die Kritik an Globalisierung und multikulturellem Wahnsinn äußern. Die BRD-Geheimdienste überschreiten dabei ihren gesetzlichen Handlungsspielraum und nehmen im Sinne der Kartellparteien Einfluß auf die von ihnen beschnüffelten Personen und Organisationen.
- Durch die Schaffung von Gummiparagrafen wird willfährigen Richtern die Möglichkeit zur Einführung einer Gesinnungsjustiz gegeben. Zum Beispiel werden kritische Äußerungen zur Überfremdung als „Volksverhetzung“ bewertet und zum Anlaß genommen, Familien und Existenzen zu vernichten.
- In Schulen werden Kleidervorschriften erlassen, die verhindern sollen, daß unliebsame politische Meinungen zum Ausdruck gebracht werden. Die auf ihre ideologische Zuverlässigkeit geprüften Lehrer tragen durch ihren Unterricht weiter zur geistigen Gleichschaltung der Jugend bei.

Der totale Überwachungsstaat wird immer sichtbarer. Sein Repressionsapparat schreckt immer weniger davor zurück, auf die politische Konkurrenz der liberalkapitalistischen Parteienoligarchie einzuschlagen - und das nur, weil einige Kartellpolitiker sich verbissen an ihren Futtertrögen festkrallen, um sich weiterhin auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Verschärfend wirkt sich der Totalitarismus der liberalkapitalistischen Ideologie aus, die von der herrschenden Parteienoligarchie vertreten wird, weil ihr dogmatischer Kern keine Kritik an zentralen Glaubenssätzen zuläßt. Die angestrebte Zerstörung aller nationalen Strukturen durch Überfremdung und Glo-

balisierung darf daher aus deren Sicht nicht kritisiert werden. Die internationale Komponente dieses Phänomens ist der Universalismus, der zur Rechtfertigung der US-Kriege herangezogen wird.

Gewaltenverschränkung aufheben

Eine Hauptursache für die Ausbreitung von Filz, Korruption und Totalitarismus in der BRD ist die Gewaltenverschränkung. Exekutive, Legislative und Judikative sind eng miteinander verflochten und ermöglichen somit Mausechelen, insbesondere eine immer weitergehende Ausbreitung des Einflusses der Kartellparteien:

- Das oligarchische Parteienkartell stellt die Listen auf, über welche die Kandidaten in die Gesetzgebungsorgane (z.B. Bundestag) gewählt werden.
- Die Gesetzgebungsorgane werden von den Kartellparteien und ihren Fraktionen beherrscht und wählen ihrerseits die ausführenden Organe (Regierungen, Verwaltungsspitzen).
- Die Regierungen kontrollieren ihrerseits die Verwaltungen, in welchen wiederum der Besitz bestimmter Parteibücher vorteilhaft ist.
- Die Gesetzgebungsorgane wirken auch bei der Besetzung der höchsten Gerichte mit, wobei wiederum das Parteibuch eine nicht unbedeutende Rolle spielt.
- Die Kartellparteien üben somit maßgeblichen Einfluß auf alle drei Gewalten aus und tragen maßgeblich zur Verfilzung bei.

Die NPD fordert die strikte Gewaltenteilung und damit die Verwirklichung eines der zentralen Punkte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung:

- Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene – Das Volk muß die Möglichkeit haben, durch dieses Instrument in die Machenschaften der Kartellparteien einzugreifen.
- Die Stärkung der Position des Bundespräsidenten und seine Direktwahl durch das Volk – Der Präsident soll wirklich über den Parteien stehen und nicht nur davon reden. Er sollte daher nicht von diesen gewählt werden. Überdies soll er die Regierung bestellen und unabhängig vom Gesetzgebungsorgan einsetzen und abberufen können. So wird die Exekutive direkt dem Volkswillen unterstellt und von der Legislative und den Parteien getrennt. Die Legislative kann sich dann auf eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Kontrolle der Exekutive, konzentrieren und wird vom Zwang der Personalpolitik innerhalb der Exekutive befreit.
- Direktwahl der Richter durch das Volk – Die Rechtsprechung hat dem Rechtsempfinden des Volkes Rechnung zu tragen und nicht dem Versorgungsdenken der Parteien.

Ehrlichkeit statt Parteienfilz und Korruption

Die Parteien des oligarchischen Kartells sind zu Versorgungseinrichtungen ihrer Mitglieder und ihrer Klientel verkommen. Sie sind somit dem Einfluß ihrer eigenen wertezersetzenden und gemeinschaftsverneinenden Ideologie erlegen:

- Sie betrachten die Gemeinschaft als Feind des Individuums, bekämpfen daher die Gemeinschaft, huldigen der Wahrnehmung von Einzelinteressen und schaffen damit eine ideologische Grundlage für rücksichtslosen und schädlichen Egoismus.
- Die Wertevernichtung wirkt sich nachhaltig auf die Erziehung aus. Der Nachwuchs der Kartellparteien hat den von ihrer Propaganda verbreiteten Hedonismus und Egoismus bereits mit der Muttermilch aufgesogen und verstärkt somit die gemeinschaftsverneinende Haltung der Kartellparteien. Ihre Politik wird nicht mehr von politischen Visionen getragen, sondern von unhaltbaren Wahlversprechungen und der Verteilung von Wahlgeschenken, mit deren Hilfe die nächste Wahl gewonnen werden soll, damit die eigenen Pfründe gesichert werden. Zunehmend rücken so persönliche Interessen in den Vordergrund, das Wohl des Volkes spielt keine Rolle mehr.
- Vor diesem Hintergrund sinkt die Hemmschwelle, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Persönliche Vorteilsnahme wird als Kavaliersdelikt empfunden. Dieser verhängnisvolle Egoismus greift durch die Herrschaft des Parteibuches in rasanter Weise auf die Verwaltung über und führt dort zu ungeheurer Korruption.

Diese Verfallserscheinungen sind unmittelbarer Ausfluß der Ideologie der oligarchischen Parteien. Neben der Überwindung dieser gemeinschaftszerstörenden Ideologie durch die gemeinschaftsbejahende politische Theorie der Nationaldemokratie fordert die NPD:

- Verschärfte Kontrolle der Verwaltung durch unabhängige Stellen – Ähnlich dem Schöffensystem müssen Strukturen aus partei- und berufsunabhängigen Personen geschaffen werden, die die Machenschaften der öffentlichen Verwaltungen insbesondere hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge genau untersuchen.

Totalitarismus zurückdrängen

Die Ideologie der Herrschenden duldet keine Abweichung in Kernfragen. Weder darf Widerstand gegen die zunehmende Überfremdung unseres Landes geleistet werden, noch darf der wachsende Einfluß der Wirtschaft und damit der schwindende Einfluß des Volkes auf die Politik kritisiert werden. Zur Gesinnungskontrolle und zur Schaffung einer totalitären Gesellschaft, die keine politischen Abweichler duldet, haben die etablierten Parteien ein reiches Instrumentarium aus Gesinnungsparagrafen, Behördenwillkür und Geheimdienstaktivitäten geschaffen, welches sicherstellen soll, daß sich an den bestehenden Machtstrukturen nichts ändert.

Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit klaffen weit auseinander. Die NPD fordert die Zerschlagung dieser totalitären Strukturen:

- Abschaffung des Gesinnungsstrafrechtes, etwa der §§86, 86a, 130 und 131 des StGB. Wiederherstellung der Rede- und wissenschaftlichen Forschungsfreiheit – In einem freien Land hat jeder Bürger das Recht, seine Meinung frei zu äußern.
- Abschaffung des sogenannten „Verfassungsschutzes“ - Ein demokratischer Staat braucht keine Beitzelung seiner Bürger
- Keine weitere Diskriminierung und Einschüchterung von Dissidenten in der Schule und Ausbildung, beim Wehrdienst und am Arbeitsplatz. Beendigung der Repressionsmaßnahmen gegen politisch nicht gleichgeschaltete Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes. – Ein freier Staat darf seine Bürger nicht mit der Keule der Existenzvernichtung zur politischen Willfährigkeit zwingen.
- Entpolitisierung der Polizei – Führende Posten in der Polizei dürfen nicht länger nach Parteibuch vergeben werden. Statt parteigefälligen Quereinsteigern, die die Polizei zur Durchführung sachfremder, parteipolitischer Zwecke instrumentalisieren, ist Beamten mit Sachkenntnis und langjähriger Diensterfahrung der Vorzug zu geben.
- Persönliche Haftung von Verwaltungsbeamten – Verwaltungsbeamte sind auch für offensichtlich rechtswidrige, willkürliche oder parteipolitisch bedingte Verwaltungsakte haftbar zu machen. Klageberechtigt müssen künftig auch die Betroffenen sein. Das Beamtenrecht hat sich an den berechtigten Interessen der Bürger auszurichten.

Gleichschaltung der Medien beenden

Die Massenmedien der BRD dienen nicht der Information der Bürger, sondern zu deren Gleichschaltung und Bevormundung im Sinne der Herrschenden. Das Lizenzvergabesystem der Sieger des zweiten Weltkrieges hat in der BRD eine Zeitungslandschaft hervorgebracht, die von Personen dominiert wird, die sich als willige Vollstrecker derjenigen, denen sie ihre Position verdanken, betätigen. Jeglicher Anflug grundsätzlicher Kritik an den Zuständen in der BRD wird unterdrückt.

Noch deutlicher ist die Gleichschaltung von Rundfunk und Fernsehen, welche bis vor wenigen Jahren ausschließlich unter direkter staatlicher Kontrolle standen.

Die NPD fordert eine Demokratisierung der Massenmedien der BRD und fordert daher:

- Streichung der diskriminierenden Passagen der Landesmediengesetze durch ein Bundesgesetz – Gesinnungskontrolle darf kein Bestandteil des Medienrechtes sein.
- Befreiung der Indizierungspraxis von politischen Elementen – Zensur hat in einem demokratischen Staat nichts verloren.
- Ausweitung des Zuganges aller politischen Gruppen zu den Medien – Nur so kann ein demokratisches Mediensystem entstehen.

Gemeinschaft schützen

Der Staat ist Handlungsorgan des Volkes, der auf der Basis der Volkssouveränität die Interessen des Volkes wahrnimmt. Die NPD strebt eine Abänderung der Präambel des Grundgesetzes an, die auch das Volk als schützenswertes Objekt definiert, das Rechtspersönlichkeit besitzt. Die Würde und die Existenzsicherung des deutschen Volkes sind im Grundgesetz als wesentliches Staatsziel festzuschreiben. Bestimmte Verstöße gegen dieses Staatsziel sind zur Straftat zu erklären.

Nationalismus sichert den Frieden

Das Antlitz vieler Länder dieser Erde ist geprägt vom Krieg: zerstörte Häuser, verstümmelte Kinder, weinende Mütter, Wasserversorgung und Gesundheitswesen sind zusammengebrochen. Vielfach sorgen auch die Rückstände chemischer Waffen, wie z.B. Agent Orange, die Überreste zerbombter Chemiefabriken, verbliebene uranhaltige Geschosse oder Spätfolgen eines Atombombenabwurfes noch Jahrzehnte nach Kriegsende für unvorstellbares Leid.

Oft war das Streben nach Macht Ursache dieser Konflikte. Es sollte Macht über die politischen Verhältnisse eines Landes, über dessen Rohstoffe, dessen Wirtschaft und dessen Kultur errungen werden. Kurzum: Imperialistische Bestrebungen waren die Ursache vieler Kriege.

Die Lage der Welt wird nach dem Ende des kalten Krieges immer deutlicher von einem immer bedrohlicher werdenden Unilateralismus geprägt. Die USA versuchen in allen Regionen der Welt Fuß zu fassen und dort die Interessen ihrer Wirtschaft durchzusetzen. Sie versuchen, ihre Absichten hinter wechselnden Vorwänden zu verbergen:

- 1991 führten die USA den zweiten Golfkrieg angeblich, um Kuwait zu „demokratisieren“. Tatsächlich gelang es den USA, in der arabischen Welt, die wegen der einseitigen Unterstützung Israels durch die USA bis dahin zum Einflußgebiet der seinerzeit zerfallenden Sowjetunion gehörte, Fuß zu fassen, wirtschaftliche und militärische Kontakte zu knüpfen. US-Konzerne machten anschließend gigantische Gewinne beim Wiederaufbau Kuwaits, verkauften nicht nur an die US-Armee Unmengen an Waffen – und ließen sich dies von der BRD unter Helmut Kohl bezahlen.

Vor dem Einmarsch irakischer Truppen nach Kuwait signalisierte eine hochrangige US-Diplomatin Saddam Hussein, daß die USA auf die Annektion Kuwaits nur mit verbalen Protesten reagieren werde. Zudem sorgten die USA durch Hilfszusagen an Kuwait für die Eskalation eines Streites zwischen Irak und Kuwait um ein Ölfeld an der beiderseitigen Grenze. Der Krieg war programmiert. Die US-Aktion konnte beginnen. Hunderttausende von Zivilisten blieben dabei auf der Strecke, darunter zahllose Kinder.

- 1993/94 griffen die USA in Somalia ein, angeblich ebenfalls um das Land zu befrieden und zu demokratisieren. Nachdem die Ölbohrungen eines großen US-Konzerns ergebnislos blieben, zogen die US-Truppen, ohne die die Bohrungen nicht hätten durchgeführt werden können, wieder ab.
- 1999 führten die USA unter Beteiligung der Bundeswehr einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Angeblich ging es darum, die Albaner im Kosovo vor serbischen Übergriffen zu schützen. Tatsächlich haben die US-Angriffe die Flüchtlingsströme erst hervorgerufen. Das Massaker von Radcak, das als Vorwand für den harten Kurs der USA gegenüber Jugoslawien diente, stellte sich nachher ebenso als geschickt inszenierte Propagandalüge heraus wie viele andere Greuelmärchen auch. Es diente ebenso zur Herbeiführung des von den USA angestrebten Krieges, wie die langjährige Unterstützung der UCK durch die USA und das Abkommen von Rambouillet, dessen Nichtunterzeichnung durch den damaligen jugoslawischen Präsidenten Milosevic zum Anlaß für den Beginn der Angriffshandlungen genommen wurde, das aber Bedingungen bis hin zur Aufgabe der Souveränität enthielt, die für keine Regierung der Welt akzeptabel gewesen wären.

Noch heute leidet die serbische Zivilbevölkerung unter den Folgen des Krieges. Die Industrie des Landes wurde vollständig zerstört, darunter auch chemische Betriebe, bei deren Bombardierung gefährliche Giftstoffe freigesetzt wurden. Der US-Industrie wurde somit der Weg geebnet, maßgebliche Teile der serbischen Industrie zu erwerben.

- Am 11. September 2001 wurden das Pentagon und das World-Trade-Center angegriffen. Die Führung der USA nutzte dies, um dem schon lange vorher geplanten Krieg gegen Afghanistan einen passenden propagandistischen Anstrich zu geben. Nun ging es offiziell nicht mehr um die Beseitigung einer nicht genehmen Regierung in einem geostrategisch wichtigen Land, durch das zudem eine für die US-Industrie wichtige Pipeline gebaut werden sollte, sondern nun führte man angeblich „Krieg gegen den Terror“. Wieder beteiligte sich die Bundeswehr, wieder waren die Hauptleidtragenden die Zivilisten. Zwischenzeitlich wurden 15 Staaten der Erde, die sich der neuen Weltordnung der USA widersetzen und statt dessen eine eigenständige Politik betreiben, von dem amerikanischen Präsidenten als „Schurkenstaaten“ klassifiziert, die es auch unter vollem Einsatz militärischer Mittel, bis zum Einsatz von Atomwaffen, zu beseitigen gelte.

Die USA betreiben seit ihrer Gründung eine imperialistische Politik. Sie begann mit der weitgehenden Ausrottung der Indianer und wird ihr Ende nicht in der Bombardierung Afghanistans gefunden haben.

Schon jetzt benennt US-Präsident Bush die nächsten Ziele seiner Bomber. Neben Nord-Korea, Kuba, Iran, Libyen, Sudan und Syrien steht der Irak ganz oben auf seiner Liste.

Bekanntes Bushs Vorgänger Clinton noch freimütig, eine „neue Weltordnung“ anzustreben, versucht der derzeitige US-Präsident seine Absichten hinter der Propagandafloskel des „Krieges gegen den Terror“ zu verstecken.

Die „neue Weltordnung“ der US-Ostküste

Die Umsetzung der „neuen Weltordnung“ ist gleichbedeutend mit der Durchsetzung bestimmter Regeln in jedem Ort der Welt:

- Dem Spekulationskapital dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Jedem Spekulanten muß es möglich sein, in jedem Land der Welt Unternehmen kaufen und verkaufen zu können, ohne daß dabei die Interessen der jeweiligen Volkswirtschaft eine Rolle spielen dürfen. Insbesondere der Erwerb von Banken steht dabei ganz oben auf der Wunschliste der USA. So stimmten sie im Verlauf der Asien-Krise Hilfsmaßnahmen für Thailand nur unter der Bedingung zu, daß US-Spekulanten Anteile an thailändischen Banken erwerben können, was bis dahin nicht möglich war. Auch die Währungsspekulation, die die Asienkrise erst ausgelöst hat, darf nach US-Auffassung nicht eingeschränkt werden.
- Kapitalbesitzern muß ermöglicht werden, ihre Waren an beliebigen Orten auf der Welt produzieren und an beliebigen anderen Orten verkaufen zu können, um so die Ausgaben für soziale Sicherungssysteme, Löhne und Naturschutz minimieren zu können.
- Arbeitskräfte müssen gemäß den Interessen des Kapitals dorthin verschoben werden, wo das Kapital sie gerade benötigt, um die Lohnkosten zu senken. Zerstörung von Kultur und Identität darf dabei keine Rolle spielen.
- Rohstoffreserven müssen überall auf der Welt frei ausbeutbar sein. Aufgabe der nationalen Regierungen ist in erster Linie die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, um internationalen Konzernen die Ausbeutung ihrer Rohstoffvorkommen garantieren zu können.
- Um Widerstand gegen diese Ausbeutungspolitik zu brechen, muß jede Form der kulturellen Zersetzung gefördert werden. Dies betrifft in erster Linie die Wahrung traditioneller Werte, die durch die Amerikanisierung in Rundfunk, Musik, Film und Fernsehen zerstört wird bis hin zur Auflösung der allgemeinen Sittlichkeit durch Förderung von Prostitution, Konsumfixierung und Abtreibung.

Die Interessen der USA liegen somit in einer weltweiten Durchsetzung der Globalisierung. Im Zuge dieser imperialistischen Politik nehmen sie anderen Völkern ihr Selbstbestimmungsrecht, um in wesentlichen Belangen selber entscheiden und die eigenen Interessen durchsetzen zu können.

Der US-Propagandaapparat

Bei der Analyse der Anhänger des US-Imperialismus gilt es, diese in solche zu unterteilen, die wesentlich persönliche Interessen vertreten, und solche, die der Propaganda zur Untermauerung des US-Imperialismus glauben.

Kernpunkt der US-Propaganda ist der Mythos, die USA seien im alleinigen Besitz der absoluten Wahrheit und würden sich aus purer Güte dazu herablassen, fremde Völker an dieser Heilsbotschaft teilhaben zu lassen. Ein derart universalistischer Anspruch hat in der Geschichte viele Kriege und viel Elend hervorgebracht. Er ist zu vergleichen mit der Heilslehre einer Religion, die mit Feuer und Schwert zu verbreiten ist und gegen die der heilige Eifer seiner Vertreter keinen Widerstand zuläßt. Jeder, der dem Erlösungsansinnen der US-Kreuzritter Widerstand entgegengesetzt, wird somit als Vertreter des „Reichs des Bösen“ betrachtet, der vernichtet werden muß. Dieser Universalismus ist somit die Wurzel des Übels.

Die Erscheinungsformen des US-Imperialismus

Imperialismus ist das Bestreben einer Gruppe, über Menschen, die außerhalb des Siedlungsraumes des eigenen Volkes leben und dem eigenen Volk nicht angehören, zu bestimmen. Träger des Imperialismus sind in der Regel Staaten, es können jedoch auch Gruppen oder Organisationen, beispielsweise Wirtschaftsunternehmen sein.

Der Imperialismus hat eine Reihe von Methoden zur Errichtung und Aufrechterhaltung seiner Macht über fremde Völker entwickelt.

Die klassische Form des Imperialismus ist der militärische Imperialismus. Er nutzt das militärische Potential eines Staates oder einer Privatarmee, um das eigenständige Handeln des Unterdrückten zu unterbinden. Klassisches Beispiel für militärischen Imperialismus ist der Kolonialismus. Inzwischen hat sich seine Erscheinungsform jedoch geändert. Der Imperialismus tritt nicht mehr offen als Herrschafts-

anspruch auf, sondern täuscht eine hohe Moralität vor, wie die USA es beispielsweise beim Angriff auf Afghanistan taten.

Neben dem militärischen Imperialismus gewinnt der wirtschaftliche Imperialismus zunehmend an Bedeutung. Das zu unterwerfende Land muß sich hier nicht der Waffengewalt seines Feindes unterwerfen, sondern der Wirtschaftskraft. Die bekanntesten Instrumente des Wirtschaftsimperialismus sind der internationale Währungsfonds (IWF), der seine Hilfen an die Erfüllung bestimmter Forderungen, die im Interesse der USA sind, koppelt und GATT, das den Staaten die Hoheit über ihre eigenen Märkte nimmt, in dem es sie zwingt, alle Produkte bedingungslos auf dem eigenen Markt zu lassen. (Das MAI-Abkommen soll hier ganz neue Maßstäbe setzen.)

Das klassische Instrument des Wirtschaftsimperialismus ist jedoch das Embargo bzw. die Drohung mit ihm. Durch den Boykott der Warenein- und ausfuhr wird der Wirtschaft eines Landes großer Schaden zugefügt. Dieser Schaden soll einerseits innenpolitischen Druck auf die Führung des Landes ausüben, damit diese sich den imperialistischen Forderungen beugt. Andererseits schränkt er den militärischen und wirtschaftlichen Spielraum ein, Maßnahmen gegen die imperialistische Politik zu ergreifen.

(Gegenwärtig ist beispielsweise der Irak von einem derartigen Embargo betroffen. Er darf nur eine bestimmte Menge Öl ausführen und dafür nur bestimmte Waren kaufen. Geld zur Instandsetzung seiner Infrastruktur, z.B. der Trinkwasserversorgung oder der Wiederherstellung der militärischen Souveränität im eigenen Lande ist somit nicht vorhanden.)

Eine abgeschwächte Form des Wirtschaftsembargos sind Handelsbegünstigungen. Sie werden bestimmten Staaten für politisches Wohlverhalten gewährt.

Je größer der Außenhandelsanteil eines Landes ist, desto anfälliger ist es für wirtschaftliche Erpressungsmaßnahmen. Daher sind Imperialisten stets bemüht, das Volumen des Welthandels zu vergrößern. So können sie ihre wirtschaftlichen Erpressungsmaßnahmen noch wirkungsvoller einsetzen.

Eine andere Form des Imperialismus ist der Kulturimperialismus. Sein Ziel ist die Vernichtung der kulturellen Eigenständigkeit eines Volkes. Auf diese Weise wird ein wesentlicher Aspekt der völkischen Identität zerstört. Dies ermöglicht später auch die Vernichtung der biologischen Basis eines Volkes.

Das klassische Medium des Kulturimperialismus ist das Fernsehen. Dieses wirkt kulturellnivellierend und insbesondere dann, wenn amerikanische Produktionen gezeigt werden, gemeinschaftszerstörend.

Die vierte Form des Imperialismus ist der politische Imperialismus. Hierbei wird die Fremdherrschaft nicht offen, sondern über vermeintlich unabhängige Marionetten ausgeübt. Diese haben jedoch nur einen eng begrenzten Handlungsspielraum. Neben den zuvor erwähnten Druckmitteln können hier auch persönliche Maßnahmen, z.B. Korruption ins Spiel kommen. Aber auch Politiker, die durch ihre Vergangenheit erpreßbar sind, werden von imperialistischen Mächten gerne protegiert.

Die Welt der tausend Völker

Nicht nur Menschen haben ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, auch Völkern steht dieses zu. Die Unterdrückung dieses Rechtes hat die größten Katastrophen der Geschichte hervorgerufen. Dieses Selbstbestimmungsrecht steht im krassen Widerspruch zu jeglicher Form des Universalismus, da dieser eigene Anschauungen zu allgemeinverbindlichen Regeln erhebt, die anderen auch gegen deren Willen aufzuzwingen sind.

Die Kartellparteien unterstützen die Politik der USA, da diese ebenfalls Vertreter der Interessen der gemeinschaftsfeindlichen Interessen der antisozialen Kapitalisten sind.

Die NPD erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Völker an. Sie befürwortet die Welt der tausend Völker und lehnt die Vereinheitlichung der Welt in einem „multikulturellen“ Einheitsbrei ab. Statt einer „Weltordnung“ strebt sie, angelehnt an das Subsidiaritätsprinzip, eine großräumpolitische Ordnung mit grundsätzlichem Interventionsverbot für raumfremde Mächte an. Somit ist die NPD eine Kraft, die der nationalen Emanzipation und dem Sieg von Freiheit, nationaler Souveränität und Völkerrecht dient.

Zur Jahrtausendwende sehen sich die Völker der Welt vor die Frage gestellt, ob sie in einem Weltimperium oder einer Staatenwelt leben wollen. Die „One World“ der USA sind eine Weltunordnung, in der immer unverhüllt das Faustrecht regiert. Die neoliberalen Regierungen des Westens sind der Generalstab der multinationalen Konzerne. Ohne die Bomben gegen, nach willkürlichen Kriterien definierten, „Schurkenstaaten“, ohne die Entdemokratisierung durch De-Facto-Blockparteien, ohne die korrupten Systemmedien, die zu einem perfiden Mittel von Krieg, Befriedung und Beherrschung geworden sind und ohne die nur als Vasallen für die USA agierenden Interventionsarmeen wäre der Raubzug der Konzerne unmöglich. Gerade die von einer internationalistischen Linken als Mittel angepriesenen Instanzen der Zivilgesellschaft geben der Globalisierung nur eine zynische und scheinhumanitäre Form, da sie sich mit abstrakten Phrasen an den sich konkret stellenden Fragen vorbeimogelt.

Die NPD fordert:

- Jedes Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung - Dem globalen Ausgreifen imperialistischer Mächte muß mit einer Völkerrechtsordnung, in deren Mittelpunkt ein Interventionsverbot für raumfremde Mächte steht, ein Riegel vorgeschoben werden. Eine deutsche Regierung darf sich nicht an Maßnahmen beteiligen, deren Ziel es ist, dem kurdischen, baskischen oder palästinensischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht vorzuenthalten.
- Auflösung der NATO – Der Träger des US-Imperialismus muß aus Europa verschwinden, damit ein Europa der freien Völker entstehen kann.
- Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland – Die US-Truppen dienen der militärischen Einschüchterung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung. Wir Deutschen haben das Recht, über unsere Belange ohne militärische Bedrohung selbst zu entscheiden.

Frieden statt Universalismus

Die Politik der NPD ist nicht universalistisch. Die NPD verfügt zwar über einen Entwurf zur Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes, beabsichtigt aber nicht, diesen auch anderen Völkern aufzuzwingen. Sie billigt jedem Volk das Recht zu, sein Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen. Damit steht sie im krassen Gegensatz zu den Parteien des Imperialismus - von CSU bis PDS.

Diese Politik sichert nicht nur den Frieden durch prinzipielle Konfliktvermeidung, sie sorgt auch für die Begrenzung einer potentiellen Eskalation durch ihren nichtuniversalistischen Anspruch. Im Gegensatz dazu wohnt einer universalistischen Ideologie stets der Anspruch inne, ihre Ansichten überall auf der Welt durchzusetzen. Sie wird somit zur potentiellen Konfliktpartei und weitet einen lokalen Konflikt so aus.

Die NPD akzeptiert Kriege nur zur Abwendung von Gefahr für das eigene Volk, nicht aber zur Beherrschung oder Ausrottung anderer Völker, zur Steigerung des Profites der Rüstungsindustrie oder zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile.

Die NPD fordert:

- Vielfalt der Völker bewahren statt Universalismus - Erst die Akzeptanz der Andersartigkeit und der Abbau des eigenen Anspruches, über die Belange fremder Völker bestimmen zu wollen, sichert den Frieden dauerhaft.

Der Einfluß der USA ist zurückzudrängen - Eine deutsche Regierung hat sich dem Verlangen der USA, eine imperialistische Politik zugunsten der US-Wirtschaft weltweit mit allen Mitteln durchzusetzen, zu widersetzen. Sie hat bei der Organisation des Widerstandes gegen diese US-Politik eine Vorreiterrolle zu spielen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß sich unsere Politik nicht gegen die Völker Amerikas, sondern gegen die völkerverachtenden Strategen der US-Regierung wendet, die sich mit dem Begriff „US-Ostküste“ am besten symbolisch klassifizieren lassen.

Bildung statt Verwahrung

Die PISA-Studie hat die Krise des BRD-Bildungssystems eindrucksvoll belegt. Die herrschenden Parteien haben ein vorbildliches Bildungssystem aus ideologischen Gründen in eine mittelmäßige Verwahrnalt für Jugendliche verwandelt. Weite Teile der Jugendlichen in unserem Land drohen zu nützlichen Konsumidioten der Großkonzerne und Medien zu verkommen.

Dennoch zieht sich der Staat als Schulträger immer mehr aus der Verantwortung zurück. Wurden 1991 noch umgerechnet durchschnittlich 398 Millionen Euro für Lehrmittel an den Schulen ausgegeben, sind es derzeit noch 274 Millionen, dabei ist die Zahl der Schüler im gleichen Zeitraum um eine Millionen auf 12,6 Millionen gestiegen.

Jeder dritte Schüler nimmt heute Privatstunden, weil die Schule ihrem Bildungsauftrag in vollem Umfang nicht mehr gerecht werden kann. Hier zeichnet sich die schleichende Privatisierung unseres Bildungssystems ab, da die etablierte Politik nicht in der Lage ist, seine Kinder und Jugendlichen zu bilden.

Die NPD bekennt sich klar dazu, daß Bildung Aufgabe des Staates ist und der Staat auch durch genügende Finanzierung für den Erfolg seines Bildungssystems zu sorgen hat.

Das sinkende Bildungsniveau birgt vielerlei Gefahren in sich:

- Dem Totalitarismus wird der Boden bereitet - Je geringer das Bildungsniveau des Menschen ist, um so leichter ist er manipulierbar und indoktrinierbar. Schon heute findet an den Schulen der BRD eine einseitige Indoktrination im Sinne der Herrschenden statt. Besonders deutlich wird dies bei der Anwendung repressiver Maßnahmen zur Durchsetzung multikultureller Ideologie, der einseitigen Interpretation der Geschichte und der Einführung totalitärer Regeln zur Unterdrückung politisch Andersdenkender, die sich z.B. in willkürlichen Kleiderordnungen niederschlägt.
- Selbsterstörung – Eine gute Bildung ist Voraussetzung für ein gesundes Selbstbewußtsein und die gesunde Entwicklung des Menschen. Gezielte Verdummung führt zu Minderwertigkeitskomplexen und Depressionen.
- Schwächung der Wirtschaft – Die deutsche Wirtschaft benötigt qualifiziertes Personal. Infolge der Bildungskatastrophe werden gut ausgebildete Nachwuchskräfte immer seltener. Dies entzieht der deutschen Wirtschaft ihre wichtigste Grundlage.

Für ein differenziertes Bildungswesen

Auf der Grundlage des Dogmas der angeblichen "Gleichheit aller Menschen" wurde durch unsinnige Reformen unser Schul- und Hochschulwesen in den heutigen desolaten Zustand versetzt. Hinter diesen gesellschaftsverändernden Reformen steht die überholte Vorstellung, man könne durch gesellschaftspolitisch ausgeklügelte Reformprogramme eine neue Gesellschaft mit Menschen gleicher Fähigkeiten und gleicher Leistungen schaffen.

Wie die Erfahrung zeigt und die Wissenschaft überzeugend nachgewiesen hat, sind die Menschen hinsichtlich ihrer Begabungen und ihres Leistungsvermögens ungleich. Wer trotz dieser Erkenntnisse ein kollektivistisches Schul- und Hochschulsystem aufbaut bzw. beibehält, trägt die Verantwortung für alle Folgeerscheinungen, die von kindlichen Verhaltensstörungen bis zu Suchterkrankungen und Jugendkriminalität reichen. Fehlende Wissensbreite und fehlende Eliten sind ein weiteres Merkmal dieser falschen Politik.

Wir Nationaldemokraten bekennen uns zur Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen in Natur und Kultur und deshalb zur Anerkennung und Achtung der natürlichen Ungleichheit der Menschen. Gleich sind die Menschen vor dem Gesetz und in der Unantastbarkeit ihrer Würde.

Daher strebt die NPD ein differenziertes Bildungssystem an, das jeden Menschen entsprechend seinen Fähigkeiten fördert.

Allgemeinbildung statt Hyperspezialisierung,

Die NPD bekennt sich zum Humboldtschen Bildungsideal, welches dem Menschen eine möglichst breite Allgemeinbildung vermitteln will. Diese soll ihn in die Lage versetzen, so viele Anforderungen wie möglich selbständig bewältigen zu können.

Die NPD lehnt daher eine einseitig auf die kurzfristigen ökonomischen Erfordernisse der Unternehmen ausgerichtete Bildungspolitik ab. Sinnvolle Vorbereitung auf Studium und Beruf durch die Schulen, namentlich die höheren Schulen, besteht nicht in frühzeitiger Spezialisierung und im Trainieren auf Erfüllung

bestimmter ökonomischer Funktionen hin, sondern in einer möglichst umfassenden und ausgewogenen Geisteserziehung des jungen Menschen, die einen Grundbestand an verfügbarem Wissen ebenso einschließen soll wie eine der jeweiligen Altersstufe angemessene Entwicklung der geistigen und musischen Fähigkeiten. Insbesondere in Anbetracht der immer kürzeren Innovationszyklen und der damit verbundenen immer kürzer werdenden Zeit, in der spezielles berufliches Fachwissen nutzlos wird, ist eine breit angelegte Ausbildung sowohl im Sinne des Menschen als langfristig auch im Sinne der Wirtschaft. Zum geistigen Grundbesitz des gebildeten Staatsbürgers gehört:

- die vollständige Beherrschung der deutschen Muttersprache und Einsicht in die Schönheit und Vielfalt ihrer Ausdrucksmöglichkeiten. Das Erlernen von Fremdsprachen schon im Vor- oder Grundschulalter lehnen wir ab. Sprache prägt den heranwachsenden Menschen ungleich stärker als den Erwachsenen. Priorität gilt daher der Schaffung der Vertrautheit des Kindes mit seiner Muttersprache.
- ein vollständiges und zusammenhängendes Geschichtsbild, das auf einem sicheren chronologischen Faktengerüst aufbauend Verständnis für die Kausalität historischer Abläufe zu bewirken vermag.
- Darüber hinaus fordern wir das Ende der fächerübergreifenden, ebenso einseitigen wie penetranten Vergangenheitsbewältigung an unseren Schulen. Die Bildung eines Selbstwertgefühls der heranwachsenden Deutschen darf nicht durch die Reduzierung der Geschichte auf „Auschwitz“ und „Lidice“ zerstört werden. Die positiven Errungenschaften der deutschen Geschichte und Geistesgeschichte sind als solche darzustellen.
- Hinreichende Kenntnis um Philosophie, Ethik und Kunstgeschichte des Abendlandes von ihren Anfängen im Griechentum bis zur Gegenwart - der Metaphysik Heideggers etwa oder der Tonkunst eines Richard Strauss.
- Als Vermittler der Grundprinzipien formal-logischen Denkens ist der Mathematikunterricht, insbesondere der theoretische, von größter Wichtigkeit.
- Zum grundlegenden Verständnis der Welt, insbesondere der immer komplexer werdenden Maschinen und ihrer Bedeutung für den Menschen, sind die erforderlichen Kenntnisse in Physik, Chemie und Informatik zu vermitteln.
- Für den Bereich der musischen Fächer ist die Erlernung künstlerischer und handwerklicher Fähigkeiten einem unverbindlichen Experimentieren am Werkstoff vorzuziehen.
- Wir fordern weiters: die Beibehaltung bzw. Revision des Heimatkundeunterrichts unter dem Gesichtspunkt der ethnischen und regionalen Identität des Schülers
- Gemischtsprachigen Unterricht für Schulklassen mit hohem Ausländeranteil lehnen wir schärfstens ab. Ausländische Kinder sollen in homogenen Klassenverbänden und in ihrer Muttersprache unterrichtet werden, um eine spätere Reintegration in den Heimatländern zu erleichtern. Zudem ist die Senkung des Unterrichtsniveaus durch die, von Ausländern verursachten Sprachprobleme, einer der zentralen Gründe für das schlechte Abschneiden der BRD bei der PISA-Studie. Von 3.352.900 Grundschulern in der BRD sind 396.100 Ausländer. Dies entspricht einem Anteil von 12%. Diese verteilen sich dabei nicht gleichmäßig über das Land, sondern schaffen Brennpunkte, an denen deutsche Kinder schon heute in der Minderheit sind.
- Jegliche Geistesbildung zielt auf das Erreichen der Fähigkeit zu eigenständigem Denken. Insbesondere soll der Heranwachsende manipulatorische Mechanismen seiner Umgebung (Massenmedien, politische Meinungsbildung in der modernen Massengesellschaft etc.) durchschauen können.

Bildung fängt in der Familie an

Grundlegende Fähigkeiten, die für den Bildungserwerb unerlässlich sind, sollten bereits in der Familie vermittelt werden. Die Zerstörung der Familie und die Unterordnung vieler Eltern unter das Diktat der persönlichen Konsummaximierung haben jedoch dazu geführt, daß essentielle Dinge nicht mehr vermittelt werden:

- Viele Kinder verfügen über keinerlei Ausdauer mehr. Sie sind nicht in der Lage, Mißerfolge zu ertragen, da sie dies zu Hause nicht gelernt haben.
- Die wachsende Zahl von Einzelkindern und die zunehmende Kinderarmut führen auch dazu, daß wesentliche Techniken des Sozialverhaltens, die in der frühen Kindheit erlernt werden, nicht vorhanden sind. In der Gruppe der Kleinkinder werden die Grenzen des eigenen Handelns ausgelotet. Das Kind erfährt, wo es in die Sphäre des Anderen eindringt und lernt diese durch negative Sanktionierung zu respektieren.
- Die Isolation der Kinder und ihre Ruhigstellung durch den Fernseher führt auch dazu, daß sie unfähig sind, sich in eine Gruppe einzuordnen oder in der Gruppe zu spielen.

- Übermäßiger Fernsehkonsum führt auch zu motorischen Problemen, Sprachproblemen und Unterentwicklung der eigenen Kreativität.

Eine Ursache dieser Mißstände ist die wachsende Zahl der Einzelkinder und der Alleinerziehenden. Nur 12% der Bevölkerung leben noch in Haushalten mit mehr als vier Personen, in den fünfziger Jahren waren es noch 32%.

Aber auch die Zerstörung der Großfamilie hat zu dieser Misere beigetragen. Lediglich 2% der jungen Eltern wohnen mit Kindern und Großeltern in einer Wohnung. Dabei kann den Großeltern bei der Weitergabe des Wissens und beim Erwerb der sprachlichen Fähigkeiten eine wichtige Rolle zukommen.

Konsumterror beenden

Ein anderer Faktor, der den Lernerfolg nachhaltig beeinträchtigt, ist der Werteverfall und die damit einhergehende Fixierung auf den Konsum. US-amerikanische Filme vermitteln, begleitet vom übrigen Umfeld der Jugendlichen die Parole, daß derjenige der größte Held sei, der ohne viel Leistung das meiste Geld abgreifen kann, der sich am leichtesten auf Kosten anderer bereichern kann.

Dies führt dazu, daß das Interesse an einer umfassenden Bildung mit dem Ziel, sich seinen Lebensunterhalt durch ehrliche Arbeit zu verdienen, immer geringer wird, der Gedanke, möglichst schnell ohne große Mühe reich zu werden hingegen immer stärker dominiert.

Der Kindergarten als Einstieg in die Bildungskarriere

Bereits in den Kindergärten können die Weichen für eine erfolgreiche Bildungskarriere richtig gestellt werden. Es gibt dort jedoch eine Reihe von Mängeln, die es abzustellen gilt:

- Kindergärtnerinnen werden zunehmend mit originären Erziehungsaufgaben belastet. Das NPD-Programm zur Förderung der Familie dient dazu, daß Eltern wichtige Erziehungspflichten wieder wahrnehmen können. Parallel dazu gilt es, eine einheitliche und wissenschaftliche Fachhochschul-ausbildung des für den Vorschulbereich zuständigen Erziehungspersonals zu schaffen, damit dieses den gestiegenen Anforderungen in vollem Umfang gewachsen ist.
- Der Bildungseinstieg sollte schon im Kindergarten beginnen. So kann bei Kindern, z.B. durch geeignete naturwissenschaftliche Experimente, die Lust am Lernen geweckt und ihr Selbstvertrauen gestärkt werden. Auch eine konkrete Vorbereitung auf die Schule in Form von einem Schultag pro Woche ein Jahr vor der Einschulung hilft, die Umstellungsschwierigkeiten vom Kindergarten auf die Schule zu vermindern.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind einheitliche Richtlinien für Kindergärten zu erstellen.

Die Grundschule dient dem Erwerb der Grundfähigkeiten

Die Grundschule dient dem Erwerb der grundlegenden Fähigkeiten für die weitere Ausbildung. Grundkenntnisse, die hier nicht erworben werden, beeinträchtigen nachhaltig den weiteren Fortgang der Bildungskarriere. Daher ist dem Vertrauten Umgang mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie der Aneignung mathematischer Grundfähigkeiten höchste Priorität beizumessen. Daher sollte der eigenständigen Beschäftigung mit Lektüre und der damit zu schaffenden Faszination für das Lesen eine zentrale Bedeutung beigemessen werden.

Zusätzlich sollten Sprachtests als Voraussetzung zur Einschulung eingeführt werden, einerseits um das Niveau des Unterrichtes nicht durch sprachbehinderte Kinder zu senken und andererseits, um diese Kinder nicht schon frühzeitig im Bildungsalltag scheitern zu lassen.

Das dreigliedrige Schulsystem

Die etablierte Politik hat das dreigliedrige Schulsystem ruiniert. Das Bildungsniveau der im Gleichmachungswahn entstandenen Gesamtschulen ist katastrophal. Die Hauptschule ist zur sozial geächteten Restschule geworden, die die Kinder lediglich verwahrt, statt sie zu bilden. Viele Hauptschulabsolventen sind nicht in der Lage, einen einfachen Dreisatz zu rechnen. Das Gymnasium, dessen Aufgabe eigentlich die Vorbereitung auf ein Hochschulstudium sein sollte, dient vielfach dazu, den Beginn der Lehre um zwei oder drei Jahre hinauszuzögern.

Die NPD bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem. Sie setzt sich für die Abschaffung der Gesamtschule und Herstellung der Leistungsfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems ein. Dies will sie u.a. durch einheitliche Leistungsanforderungsprofile für die drei Schulformen und Schaffung von Kontrollbehörden über die Leistungsfähigkeit der Schulen erreichen.

In allen drei Schulformen ist ein angemessener Unterricht bezüglich des Umgangs mit neuen Medien, insbesondere dem Computer und dem Internet, sicherzustellen.

Durchsetzung des Zentralabiturs nach bayerischem Vorbild in ganz Deutschland. Besonders Mathematik und Deutsch müssen Gegenstand von Abschlußprüfungen sein. Flankiert wird diese Maßnahme durch eine bundesweite Schulbuchkonferenz zur Erarbeitung einheitlicher Lehrbücher, die für ein einheitlich hohes Bildungsniveau und günstige Einkaufspreise sorgen.

Gemeinschaftsunternehmungen wie Klassenfahrten, kulturelle und sportliche Aktivitäten sind finanziell stärker zu fördern, da sie zur Stärkung des Gemeinschaftsbewußtseins beitragen und eine sinnvolle Anleitung zur Freizeitgestaltung geben.

Das Angebot an Ganztagschulen ist auszubauen, um Alleinerziehende oder Doppelverdiener zu entlasten und die Grundlagen der Erziehung sicherzustellen.

Auf der Schulleiterebene sind Fortbildungsmaßnahmen und Qualifizierungsnachweise hinsichtlich Managementschulung und Personalführungskompetenz einzuführen.

Die moderne Leistungsuniversität

Aufgabe der modernen deutschen Universität ist die Leistung auf den Gebieten Forschung und Lehre. Sie ist sowohl Reflektions- und Forschungsorgan als auch „Hohe Schule“. Die Universität ist den immanenten Gesetzen der Wissenschaftlichkeit unterworfen und dient damit der Erforschung der Zusammenhänge der Wirklichkeit. Die Leistung auf dem Gebiet der Forschung und Lehre ist von primärer Bedeutung nicht nur als Selbstzweck der Universität, sondern auch als Existenzfrage für Deutschland im internationalen Kontext, sowie als Existenzfrage der Universität im gesellschaftlichen Kontext, nämlich zur Wahrung ihrer Funktion als Leistungsstimulanz der Nation.

Die Anerkennung der Leistungsuniversität erfordert eine entsprechende Gliederung der Universität, abgestuft nach Können und nach den Kategorien Lehre und Lernen. Egalitätsstreben steht im Widerspruch zum Primat der Leistung, wie auch zur Realität intelligenzmäßiger Differenziertheit in der Gesellschaft. Zur Leistungsuniversität gehört die soziale Offenheit.

Einheit von Forschung und Lehre

Lehre bedeutet nicht nur Vermittlung von Fachwissen, sondern vor allem von Ergebnissen der kritischen Vernunft, die vom Lehrenden in der kritischen Hinzufügung zu neuen Erkenntnissen (Forschung) permanent in Frage gestellt werden müssen, und vom Lernenden im Bewußtsein ihrer Relativität erfaßt werden sollen. Bildung bedeutet somit die Fähigkeit, wissenschaftliche Methoden stets anwenden zu können. Dafür ist die Einheit von Forschung und Lehre Voraussetzung, also Lehre aus der Forschung, sowie ein Studiengang, der einerseits den Erwerb des Fachwissens auf rationelle Weise sichert, andererseits aber weitgehende Freiheit des Studiums in Eigenverantwortung durch den Studenten ermöglicht. Lehre bedeutet damit - aber nicht nur - Berufsausbildung, vor allem aber Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

BAföG

Die NPD setzt sich für die Zahlung von BAföG an alle Studenten ein. Jedoch soll dieses auf der Basis eines Studienkredites geschehen, der gestaffelt nach Studiengeschwindigkeit zurückzuzahlen ist. So wird ein Anreiz zur Beschleunigung des Studiums geschaffen, der die Universitäten entlastet und die Kosten senkt. Mit der Rückzahlung kann das BAföG der nächsten Studentengeneration finanziert werden.

Der Student ist zu fördern, da das von ihm erworbene Wissen der Gemeinschaft dient. Die Rückzahlung des Darlehens ist ihm zuzumuten, da ihm das erworbene Wissen zu einem höheren Einkommen verhilft. Eine Zinslosigkeit des Darlehens ist vertretbar, da das höhere Einkommen auch zu einem höheren Steuereinkommen beiträgt.

In sozialen Härtefällen ist auch Berufsschülern und Schülern der gymnasialen Oberstufe BAföG zu gewähren. Dieses ist von der Rückzahlung ausgenommen.

Bildung darf nicht zum Privileg der Reichen werden

Statt der katastrophalen Bildungssituation in Deutschland durch umfassende und intensive Förderung der Schulen und Universitäten entgegenzuwirken, sparen etablierte Politiker diese zu Tode. Durch die unsinnige Verschwendung riesiger Haushaltsmittel für alle möglichen peripheren, nicht dem eigenen Volk zugute kommenden Aufgaben ist die öffentliche Hand schon längst nicht mehr zu den notwendigen Investitionen im Bildungsbereich in der Lage. Ideologische Scheuklappen der Verantwortlichen in den Kultusministerien verhindern zudem überfällige Reformen eines durch die falschen Zielvorstellungen und Erziehungsideale der vermeintlich „antiautoritären“ Achtundsechziger maroden Bildungssystems.

Das offenkundige Scheitern linker Wunschvorstellungen im Erziehungs- und Bildungsbereich und die selbstverschuldete zunehmende Unfinanzierbarkeit des Bildungswesens sind Wasser auf die Mühlen liberalkapitalistischer Kreise, die eine Privatisierung des Bildungssektors nach anglo-amerikanischem Vorbild anstreben.

Die NPD tritt einem Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen entschieden entgegen, ebenso jedem Versuch, den Zugang zu höherer Bildung von finanziellen Voraussetzungen abhängig zu machen. Wir lehnen die Einführung jeder Art von Schul- und/oder Studiengebühren grundsätzlich ab. Zugangsvoraussetzung zu höheren Schulen und Universitäten darf allein die fachliche Qualifikation sein, nicht die Brieftasche der Eltern.

Innovationshemmnisse beseitigen

Vorgefertigte Denkschablonen und ein wissenschaftsfeindliches Weltbild bei einem Großteil der etablierten Politiker führen mittelfristig dazu, daß die BRD auf zukunftssträchtigen Forschungssektoren den Anschluß gegenüber den USA, Japan und Großbritannien verpaßt.

Durch gezielte und koordinierte Förderung der Forschung, insbesondere auf dem Gebiet moderner Transport-, Kommunikations- und Fertigungstechnologie muß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die weitgehende Unabhängigkeit von Importen bei sensiblen Schlüsseltechnologien hergestellt werden.

Freie Völker statt EU-Diktatur

Wir Deutsche und die Völker Europas werden in ihrer Existenz und in ihrer Freiheit bedroht. Durch die aggressive Wirtschaftspolitik der EU werden wir gezwungen, uns den Spielregeln der Brüsseler Bürokratie zu unterwerfen. Den Staaten Osteuropas werden Hilfen und Kredite zur Überwindung der kommunistischen Mißwirtschaft nur dann gewährt, wenn sie ihre Wirtschaft nach Brüsseler Vorgaben, also gemäß den Wünschen des asozialen Großkapitals, umbauen. Während den westlichen Konzernen so die Möglichkeit gegeben wird, sich die Filetstücke der Wirtschaft dieser Länder anzueignen, wird die Armut des einfachen Volkes nicht gelindert.

Nachdem die Staaten Westeuropas durch die von Brüssel forcierte Globalisierungspolitik in einem langen Prozeß ihrer Entscheidungskompetenz nach und nach beraubt wurden, wird dieser Prozeß im Osten Europas im Zeitraffer ablaufen:

- Der „gemeinsame Markt“ nutzt nur international operierenden Großkonzernen, die so gegenüber dem Mittelstand und den Kleinbetrieben entscheidende Vorteile erzielen können und diese in ihrer Existenz bedrohen. Pleitewellen bei Klein- und Mittelbetrieben und eine fortschreitende Konzentration der Großkonzerne sind die Folge.
- Die Pflicht zur EU-weiten Ausschreibung zahlreicher Projekte, die freie Wahl des Wohnortes und die für Arbeitskräfte durchlässigen Grenzen führen zu massivem Lohndumping. Diese Politik hat in der deutschen Bauwirtschaft 500.000 Menschen den Arbeitsplatz geraubt. Zudem produziert diese Politik enorme Wanderungsbewegungen, die zur Zerstörung der Kulturen Europas beitragen.
- Der EURO beraubt die europäischen Völker ihrer währungspolitischen Unabhängigkeit. Sie haben sich dem Willen der europäischen Zentralbank zu unterwerfen. Während wieder einmal nur die asozialen Kapitalisten und Großunternehmen von seiner Einführung profitieren, war seine Einführung für die Bürger Europas schon im Vorfeld mit gigantischen Kursverlusten der europäischen Währungen verbunden.
- Die Gesetzgebungskompetenzen der Nationalstaaten werden zusehends abgebaut. Die nationalen Parlamente verkommen zusehends zu nachgeordneten Behörden der Brüsseler Bürokratie, die nur noch die EU-Vorgaben umsetzen dürfen.

Diese schleichende Machtergreifung des Kapitals kommt einer Beseitigung des Selbstbestimmungsrechtes der europäischen Völker gleich. Die derzeitige Europapolitik des oligarchischen Parteienkartells kommt also einer Entdemokratisierung Europas, einer Ausbeutung seiner Bürger zu Gunsten des Großkapitals und einer Zerstörung seiner gewachsenen Strukturen und Kulturen gleich.

Staatenbund statt Bundesstaat

Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates ist gleichbedeutend mit der endgültigen Entrechtung der Völker Europas. Sie sollen in einem gigantischen Moloch aufgelöst und von einer fernen Bürokratie verwaltet werden. Ihre Kulturen und Traditionen werden verschwinden und durch kurzlebige Konsummoden ersetzt werden.

Ein Europa, das sich an dem Willen und den Bedürfnissen seiner Völker orientiert, kann daher kein Bundesstaat sein, vielmehr ist die Entwicklung europäischer Institutionen, die die kulturellen Traditionen Europas wahren, technische und andere schöpferische Leistungen fördern und der Abwehr von Gefahren für ganz Europa dienen, anzustreben. Die europäische Einigung muß zu einem Bewußtsein der kulturellen Einheit führen, Europa aber in der gewachsenen Struktur erhalten. Damit wird Europa nach Jahrzehnten des Niedergangs wieder beispielgebend für die Welt werden. Das einige Europa souveräner Nationalstaaten freier Völker muß zur Bastion der europäischen Völkerfamilie und des europäischen Kulturerbes werden. Der Nationalstaat muß Schutz und Schild seines Volkstums bleiben.

Die NPD fordert einen grundlegenden Umbau der EU, andernfalls wird die BRD austreten:

- Abbau des Brüsseler Zentralismus – Die Zusammenarbeit der Völker muß auf freiwilliger Basis, fernab von den Interessen des Kapitals erfolgen.
- Auflösung des „gemeinsamen Marktes“ – Dieser stellt eine Bedrohung der wirtschaftlichen und kulturellen Souveränität der Völker Europas dar, schafft Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.
- Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Staaten – Die ungerechte Verteilung finanzieller Lasten muß beendet werden.
- Nein zu der derzeit geplanten Osterweiterung dieser EU – Das nächste EU-Wahnsinnsprojekt steht an. Mit der zweiten EU-Erweiterung um 13 der – im Vergleich zum EU-Durchschnitt – wirtschaftlich

ärmsten Länder in Ost- und Südosteuropa vergrößert sich das EU-interne Struktur- und Produktivitätsgefälle in einem Umfang, der mit Sicherheit nicht zu verkraften sein wird. So wird sich der EU-Raum zwar um 60 Prozent erweitern, die EU-Bevölkerung um 45 Prozent zunehmen, die gesamte Wirtschaftsleistung gemessen nach dem Bruttoinlandsprodukt hingegen nur um sieben Prozent. Auch bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen kommt keines der Neuländer an den alten EU-Durchschnitt heran. Nach den Berechnungen von Professor Wolfgang Quaisser vom Osteuropa-Institut in München muß die EU für die Erweiterung in den Jahren 2007 bis 2013 insgesamt 235 Milliarden EURO bereitstellen. Während die öffentlichen Haushalte den Arbeiter und Angestellten weiter belasten müssen, um diese Irrsinnssummen bereitzustellen, die Arbeitslosigkeit weiter steigen und das Lohnniveau sinken wird, werden nur die Spekulanten von den neuen Möglichkeiten profitieren. Solange die EU ein Instrument des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen gegen die Völker Europas ist, darf sich ihr Einflußgebiet nicht vergrößern. Die Folgen einer derartigen Erweiterung wären für die BRD mit einem starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, steigender Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Überfremdung verbunden.

- Aufhebung der Verträge von Schengen, Maastricht und Amsterdam – Diese Verträge berauben die Völker Europas maßgeblicher Selbstbestimmungsrechte, wie dem Recht auf Sicherung der nationalen Grenzen, der Währungshoheit, dem Recht auf eine freie volks-, kultur- und landschaftgemäße Gestaltung der nationalen Siedlungsgebiete und Wirtschaftsräume, dem Recht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch differenzierte wirtschaftspolitische Maßnahmen, dem Recht auf die Sicherung existentiell wichtiger Infrastrukturbereiche und dem Recht auf Schutz der Volksgesundheit durch den Erlass von Nahrungsmittelverordnungen.

Für ein starkes Europa, das seine kulturelle Identität bewahrt

Europa ist das Ziel vieler Begehrlichkeiten. Viele wollen von der Schaffenskraft der Europäer profitieren. Die größte Bedrohung stellen derzeit die USA dar, die Europa ihr Wirtschaftssystem aufdrängen und Europa zum Nutzen ihrer Oberschicht ausbeuten wollen. Militärischer Träger dieser Unterwerfung ist die NATO.

Nur ein starkes und einigtes Europa, das getragen wird vom Willen seiner Völker zu Freiheit und Selbstbestimmung wird in der Lage sein, diese Gefahr abzuwehren.

Die NPD fordert:

- Zusammenarbeit europäischer Staaten auf multilateraler Ebene zur Abwehr der Gefahren, die von raumfremden Mächten drohen – Nur gemeinsam hat Europa eine Zukunft.
- Schaffung europäischer Institutionen zur Erhaltung der Identität der europäischen Völker – Ganz Europa ist von einer Welle der Einwanderung bedroht, die die biologischen Wurzeln unserer Kultur zu vernichten droht, ganz Europa ist von einer Zersetzung seiner Traditionen und Werte bedroht, die das Wesen Europas zerstören werden.
- Selbstbestimmungsrecht der Völker Europas – Die Wahrung der europäischen Kulturen ist nur auf der Basis der Wahrung des Volkstums der Völker Europas möglich. Dies setzt eine volkstumsorientierte Grenzziehung in Europa voraus. Vertreibung darf kein Mittel der Politik sein. Wer, wie es der tschechische Staat tut, die Vertreibung der Sudetendeutschen billigt, verstößt damit gegen die Fundamente des neuen Europas und schafft die Grundlage für neue Vertreibungsverbrechen. Er kann kein gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sein.

DM statt EURO

Seit einigen Monaten haben die Deutschen den EURO in ihren Portemonnaies und langsam aber sicher wachen sie aus einer Illusion auf. Die herrschenden Politiker hatten den Deutschen hoch und heilig versprochen, daß der EURO genauso hart werde wie die DM und sich mit diesem Versprechen um eine von einer breiten Mehrheit der Deutschen gewünschte Volksabstimmung über die existentielle Frage der EURO-Einführung gedrückt. Dieses Versprechen stellt sich nun mehr und mehr als eine kaltblütige und zynische Lüge heraus, die nötig war, um den Deutschen gegen ihren Willen den EURO aufzuzwingen. Die Wirtschaft schwächt sich entgegen den Versprechungen weiterhin ab. Die NPD gehörte schon vor der EURO-Einführung zu den ganz wenigen Gruppen, die sich rechtzeitig gegen die neue Währung engagierten. Für Nationaldemokraten war immer klar, daß Wirtschaft und Wohlfahrt nur mit nationalen Währungen statt globaler Währungssysteme gedient ist. Denn eine eigenständige, auslandsunabhängige Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Inflation oder Arbeitslosigkeit ist durch die Kopplung der Wechselkurse im EURO-Raum nicht mehr möglich. Die EURO-Einführung war deshalb ein wichtiger Etappensieg der Globalisierer. Denn wenn die Transaktionskosten sinken, sind geringere Kostenunterschiede als bisher bei der Standortfrage entscheidend. Jetzt können verschiedene Regierungen von multinationalen

Unternehmen noch wesentlich besser gegeneinander ausgespielt werden und der soziale Kahlschlag wird sich noch einmal beschleunigen. Durch die Währungsunion ordnen sich alle Regierungen ihren selbst verursachten Sachzwängen unter, bis alle das gleiche, der Logik des Weltmarkts gehorchende Sozialleistungsniveau erreicht haben – das niedrigste nämlich.

Da das zwangsweise Aneinanderschmieden unterschiedlicher Wirtschaftsräume mittels einer Einheitswährung auf die Dauer nicht funktioniert, wird die EURO-Einführung eines Tages rückgängig gemacht werden müssen. Darum macht die NPD als nationale Bürger- und Freiheitsbewegung sich schon heute für das Recht und die Pflicht zum Ausstieg aus der Währungsunion stark und möchte das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in zwei Kernpunkten durchsetzen:

- Abstimmung des deutschen Volkes über den Ausstieg aus der Währungsunion
- Abstimmung des deutschen Volkes über den Ausstieg aus der Europäischen Union zur Wiederherstellung der Stabilität

Der EURO beraubt die Staaten Europas einer eigenständigen Währungspolitik. Diese ist aber zentraler Bestandteil souveräner Wirtschaftspolitik, deren Spielraum zudem durch die im Rahmen der EURO-Einführung festgelegten Ziele hinsichtlich der Staatsverschuldung immer enger wird.

Die Währungspolitik kann so nicht den Bedürfnissen des jeweiligen Staates angepaßt werden, sondern wird von der europäischen Zentralbank diktiert, die sich mehr und mehr von den Einzelstaaten abkoppelt. Die währungspolitischen Grundaussagen der NPD lauten daher:

- DM statt EURO - Herstellung der währungspolitischen Unabhängigkeit der Staaten Europas!
- Die Währungspolitik hat sich an den Interessen des Volkes und nicht an den Interessen des Kapitals auszurichten – Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wachstum und eine ausgeglichene Handelsbilanz müssen Ziele nationaler Währungspolitik sein.

Arbeit statt Bereicherung

Etwa 30.000 Beamte arbeiten für die Europäische Kommission, das Europaparlament, den Rat und die anderen europäischen Institutionen und Agenturen. Ihre Bezüge liegen um 41-71% über den Bezügen vergleichbarer Beamten nationaler Einrichtungen. Die Mitarbeiter des Patentamtes der EU in München verdienen durchschnittlich doppelt so viel wie ihre Kollegen vom Deutschen Patentamt nebenan. Auch die Steigerungsrate ihrer Gehälter ist doppelt so hoch wie die der BRD. Zudem erhalten die Bediensteten in Brüssel zahlreiche unberechtigte Zulagen.

Die Leistung der EU-Beamten, insbesondere der angeblichen Spitzenkräfte, steht vielfach in keinem Verhältnis zur Besoldung. Abgehalfterte oder ungeliebte Politiker werden regelmäßig auf einen gutdotierten Versorgungsposten nach Brüssel abgeschoben, damit sie in der Heimat nicht weiter stören.

Ein vom Europaparlament initiiertes „Ausschuß unabhängiger Sachverständiger“ kommt in einem Bericht über „Betrug, Mißmanagement und Nepotismus in der Europäischen Kommission“ zu vernichtenden Ergebnissen: „Eindeutige Fälle von Betrug und Korruption“ seien „auf der Ebene der Kommissare“ angeblich unbemerkt geblieben, da diese „erklärten, sie hätten nicht gewußt, was in ihren Dienststellen geschehe.“

Die NPD fordert:

- Auflösung der Brüsseler Bürokratie – Eine zentralistische, volksferne Bürokratie entwickelt zwangsläufig Ansätze von Mißwirtschaft und Korruption.
- Europa darf kein Endlager für unfähige Parteipolitiker sein – Soziale Gerechtigkeit bedeutet die Gewährung des gleichen Rechtes für jeden. Arbeitnehmer werden entlassen, wenn sie nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Parteibuch darf kein Anlaß zu ungerechter Privilegierung sein. Wichtige multilaterale Aufgaben dürfen nur von qualifiziertem Personal wahrgenommen werden.

Sicherung der deutschen Grenzen gegen die organisierte Kriminalität und die Einschleusung illegaler Einwanderer

Die Hälfte aller Asylanten und anerkannten Flüchtlinge in der EU lebt in der BRD. Hinzu kommt eine riesige, ständig wachsende Dunkelziffer von illegalen Einwanderern, die von Schlepperorganisationen über die nunmehr offenen Grenzen geschleust werden. Es besteht gar kein Zweifel daran, daß die BRD schon längst das mit Abstand begehrteste europäische Ziel der Migrationsströme aus aller Welt geworden ist. Wie den Kriminalstatistiken zu entnehmen ist, gilt das Gleiche auch in bezug auf die internationale organisierte Kriminalität, die sich inzwischen die BRD als eines ihrer Hauptoperationsgebiete auserkoren hat und sich dabei selbstverständlich das riesige Potential an entwurzelten Asylanten und Flüchtlingen zunutze macht. Deswegen hat die BRD mit ihrer zentralen Lage in Europa ein besonderes Interesse an Grenzkontrollen. Um so ungeheurer ist das politische Versagen der herrschenden Parteien,

nichts unternommen zu haben, um für Deutschland wenigstens Ausnahmen vom Schengener Abkommen auszuhandeln, während andererseits Inselstaaten wie Irland und Großbritannien dem Abkommen erst gar nicht beigetreten sind.

Die NPD fordert die Aufhebung des Schengener Abkommens. Als Übergangslösung auf dem Weg dorthin strebt sie eine deutsche Ausnahmeregelung als Zusatz zum Schengener Abkommen an, damit ausländische Kriminelle und illegale Einwanderer wieder an den Grenzen zurückgewiesen werden können.

Gesunde Heimat – Gesunde Natur

Der Materialismus der letzten Jahrzehnte hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in unverantwortlicher Weise vorangetrieben. Hemmungsloses Wirtschaftswachstum, radikale Landschaftsveränderung, ehrgeizig überzogene Industrieprojekte, Industrialisierung der Landwirtschaft, Verstädterung von Dörfern sowie die Vernichtung gewachsener Stadtstrukturen wurden und werden durch etablierte Parteien, Verbände und Interessengruppen verantwortungslos vorangetrieben. Die einseitige Ausrichtung an materiellen Werten und ökonomischen Zwängen führen zwangsläufig zur Vernichtung der traditionellen Bindungen und Kulturen. Der Mensch wird entfremdet und entwurzelt, er verliert seine Identität:

- Die BRD befindet sich in einer dramatischen naturpolitischen Krise. Der CO₂-Ausstoß des Industriestaates BRD ist übermäßig hoch, was zusammen mit den CO₂-Ausstößen aller anderen Länder dieser Welt in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, daß der Treibhauseffekt eingetreten ist. Im Zuge dieses Treibhauseffektes erwärmt sich die Erde, was der Hauptgrund für die neue Qualität und Quantität vieler sogenannter „Naturkatastrophen“ ist. Ferner wird durch die so erzeugte Erderwärmung der Lebensraum der Völker dieser Erde durch ein Anschwellen der Weltmeere und ein Ausdehnen der Wüsten eingeengt, was in Zukunft viele soziale Probleme mit sich bringen wird.
- Die überflüssige, übermäßige Verwendung von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW) als Treibmittel für Sprühdosen oder ähnliche Behältnisse in der Vergangenheit hat zu einer Zerstörung der die Menschen schützenden Ozonschicht geführt, deren vollstes Ausmaß noch lange nicht erreicht ist. Als Folge dieser Zerstörung der Ozonschicht gelangen gefährliche UV-Strahlen, welche unter normalen Bedingungen von der Ozonschicht abgehalten werden, von der Sonne zur Erde. Durch die erhöhte UV-Strahlung, der die Menschen in Zukunft ausgesetzt sein werden, wird die Zahl der Krebs- und Augenleiden ansteigen.
- Die deutschen Wälder sind sowohl als Sauerstoff-Produzenten, als auch in ihrer Funktion als physische und psychische Erholungsstätten des deutschen Volkes bedroht, bzw. in einigen Bereichen bereits tot. Die Waldflächen in den Ballungszentren der BRD werden mehr und mehr der Bebauung geopfert, ohne daß anderweitig für ausreichend gleichwertigen Ersatz gesorgt wird. Die Folgen sind schlechte Luftqualität und das Ansteigen von psychischen Krankheiten wie zum Beispiel Depressionen und psychischen Neurosen.
- In der Verkehrspolitik sind die Politiker der etablierten Parteien nicht in der Lage für eine wirkliche Entlastung der Natur durch ernsthafte, die Natur schützende Maßnahmen zu sorgen. Statt dessen propagieren sie in allen Bereichen ihrer Umweltpolitik, die ihren Namen nicht umsonst trägt, die umweltschonende Umweltzerstörung, welche sich durch ein Kaschieren von naturzerstörenden Zuständen, bzw. Situationen durch scheinbar naturschonende Erneuerungen auszeichnet.
- Im Bereich der Energiepolitik sind etablierte Politiker nicht in der Lage, einen Weg zur Unabhängigkeit Deutschlands im Energiesektor zu finden, der lediglich mit naturschonenden Energiegewinnungsmethoden auskommt. Sie sind Spielbälle der Energielobbyisten, die alles in ihrer Macht stehende tun, um den Profit der Lobbyisten zu sichern, bzw. zu vermehren. Die Tatsache, daß die Natur in solchen Fällen zugunsten der Einzelinteressen der Unternehmen bis zum Äußersten belastet wird, wie zum Beispiel durch das Verschieben von Atommüll von Zwischenlager zu Zwischenlager, und Schäden davonträgt, die zum größten Teil irreversibel sind, scheint auch in Zeiten „Grüner“ Regierungsverantwortung nicht von all zu großem Belang zu sein.
- Die Anzahl der Nahrungsmittelskandale hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Ursache hierfür ist die immer skrupellosere Haltung der Menschen gegenüber Tieren als Teil der Natur. Zugunsten ihres persönlichen Profits greifen Futtermittelhersteller und Landwirte immer wieder zu Chemikalien, welche zwar das Wachstum der Tiere beschleunigen, wie zum Beispiel Antibiotika, jedoch für den Menschen und für die Natur eine große Gefahr und Belastung darstellen. In Zukunft wird sich auch das Vorkommen solcher Skandale häufen, da im Zuge der voranschreitenden Globalisierung immer mehr Menschen ihre Achtung vor der Natur für persönliche Profitinteressen aufgeben werden, wenn nicht ein Umdenkungsprozeß stattfindet.
- In Zukunft ist mit einer globalen Wasserknappheit zu rechnen, unter der auch Deutschland zu leiden haben wird. Statt diesem absehbaren globalen und dadurch auch nationalen Problem des Wassermangels durch nachhaltige, staatliche, präventive Interventionen entgegenzuwirken, loben etablierte Politiker Errungenschaften der deutschen Industrie im Bereich der Wasserersparnis der von ihnen entwickelten Gebrauchsgegenstände, welche jedoch keine langfristige Verbesserung des zukünftigen Problems Wassermangel darstellen, ohne dabei die Notwendigkeit eines staatlichen Wasser-

sparprogramms zu erkennen. Nur ein starker Nationalstaat, der zusätzlich weitreichende Möglichkeiten hat, in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen, kann dem deutschen Volk auch in Zukunft den Zugang zum lebenswichtigen Rohstoff Wasser sichern, weil nur dieser, anders als die Politiker der etablierten Parteien, den Willen zum Schutze des eigenen Volkes hat.

Ursachen der Naturzerstörung

Wir Nationaldemokraten sehen in der herrschenden politischen Ideologie die Ursache für die eklatanten Fehlleistungen etablierter Politik im Bereich des Naturschutzes. Ihr liegt ein Menschenbild zugrunde, das den einzelnen Menschen und seine vollkommene persönliche und materielle Entfaltung als höchsten Wert ansieht. Folglich beutet der Mensch die Natur zugunsten seines individuellen Profits aus und zerstört sie. Sie wird nicht länger als lebensnotwendige Grundlage allen menschlichen Lebens angesehen und dementsprechend behandelt, sondern ist nur noch Rohstofflieferant und billige Mülldeponie.

Weitere, die Natur stark belastende und zerstörende Faktoren, sind die herrschende Gesellschaftspolitik, die den Konsum zum einzigen Wert erhebt und somit naturzerstörende Güterproduktion anheizt, sowie die Globalisierung, die wirkungsvolle Naturschutzmaßnahmen zu Wettbewerbsnachteilen werden läßt.

Gemeinschaftsverantwortung statt Individualinteressen

Die Schaffung einer Wertestruktur innerhalb einer deutschen Volksgemeinschaft spiegelt sich in der Naturschutzpolitik, im Erwachen eines Bewußtseins der Deutschen für die Natur als ihren angestammten Lebensraum wieder. Alle Deutschen müssen sich wieder bewußt werden, daß sie gemeinsam für ihren Lebensraum die Verantwortung tragen und auch gegenüber kommenden Generationen eine Verpflichtung einhalten müssen, damit diese auch in Zukunft in der Lage sind, die Kultur der deutschen Volksgemeinschaft zu bewahren. An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zugunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten. Den Deutschen muß wieder bewußt werden, daß es noch Erstrebenswertes jenseits der künstlichen Konsum- und Machtgier, wie zum Beispiel Kultur und Familie, gibt. Mit einem neuen Bewußtsein von Natur als lebensnotwendiger Grundlage und übergeordneter Institution, wird der Mensch der Natur aus einem neuen Verantwortungsbewußtsein gegenüber sich selbst, seinen Mitmenschen und den kommenden Generationen seines Volkes heraus mehr Achtung und weniger Zerstörung entgegenbringen.

Maßnahmen zum Schutz der Natur

Die NPD strebt die Umsetzung folgender Maßnahmen zum Schutze der Natur an:

- Verringerung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland, um die Luftqualität in Deutschland zu verbessern und unseren Teil zu einer weltweiten Eindämmung der Erderwärmung beizutragen. Im einzelnen sehen wir Nationaldemokraten als dafür geeignet an:
 - Die staatliche Förderung von innovativen Konzepten zur Energiegewinnung, -speicherung, -transport und -einsparung, um den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu vermindern und um neue Energieformen nutzbar zu machen, die weniger CO₂-Ausstoß hervorbringen. Für die Erforschung und Weiterentwicklung alternativer Energien sind Mittel aus dem Atomforschungsprogramm bereitzustellen.
 - Verkehrsvermeidung statt „umweltschonender Naturzerstörung“ - Die konsequente Vermeidung von Verkehr sollte bei der Wohn- und Siedlungspolitik berücksichtigt werden. Es gilt dabei, das Verkehrsaufkommen insbesondere durch die Aufhebung der strikten Trennung von Wohn-, Arbeits- und Freizeitwelt zu vermindern. Dies vermindert nicht nur das Verkehrsaufkommen, sondern stärkt auch wohnortbezogene Identität und Solidarität. Der öffentliche Personennahverkehr ist nicht umweltfreundlich, sondern lediglich nicht so umweltzerstörend wie der Individualverkehr. Große Pendlerströme, wie beispielsweise in Frankfurt, einer Stadt, die eben so viele Einwohner wie Arbeitsplätze hat und täglich in den Abgaswolken des Verkehrschaos versinkt, sind grobe Planungsfehler, deren Folgen auch durch einen gut ausgebauten ÖPNV nur gelindert, nicht aber beseitigt werden.
 - Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs – Der unvermeidbare Verkehr sollte zur Verminderung des Schadstoffausstoßes auf öffentliche Verkehrsmittel umgeleitet werden. Um dies zu gewährleisten ist ihre Attraktivität durch Ausbau und Taktverdichtung zu steigern. Volkswirtschaftlich stehen hierfür die Mittel der unterbliebenen Naturzerstörung durch den reduzierten Individualverkehr zur Verfügung.

- Zur Minimierung umweltschädlicher Emissionen aus Industrietätigkeiten sollte ein volkswirtschaftlich notwendiges und ökologisch verträgliches jährliches Höchstmaß für die einzelnen Emissionsarten festgelegt werden, das in einem Auktionsverfahren an den Meistbietenden versteigert wird. Dieses von vielen Volkswirtschaftlern empfohlene Verfahren wirkt sich positiv auf die Staatsfinanzen und die Umwelt aus und setzt einen starken Anreiz für die Unternehmen, möglichst effizient und umweltfreundlich zu wirtschaften.
- Härtere Strafen und moralische Ächtung für Natur-Kriminelle, da diese Verbrechen am deutschen Volke begehen.
- Den Einsatz staatlicher Fördermittel zum Erhalt des deutschen Waldes und der Waldflächen in den deutschen Großstädten, da der Wald als „grüne Lunge“ unseres Landes wichtiger Aspekt für die Gesundheit unseres Volkes ist. Ferner wäre der Einsatz von Kräften eines staatlichen Arbeitsdienstes für Kriminelle und Drogenkranke in Therapie im Bereich der Forstwirtschaft denkbar, da auf diese Weise staatliche Gelder gespart werden können.
- Massive staatliche Umforstungsprogramme, beispielsweise im Land Bayern, welche wissenschaftlich betreut werden, um so die unnatürlichen, im Laufe der letzten Jahrzehnte entstandenen Monokulturen zu beseitigen und an ihrer Stelle wieder annähernd natürliche Mischwälder zu plazieren.
- Stärkere staatliche Kontrollen im Landwirtschaftsbereich, um so gewährleisten zu können, daß wieder ein höherer Sicherheitsstandard bei deutschen Landwirtschaftserzeugnissen einkehrt.
- Zum Schutz der Natur gehört auch der Schutz des Tieres und der Erhalt der Artenvielfalt in der Tier- und Pflanzenwelt. Die Vermeidung unnötiger Tierquälerei ist eine menschliche Selbstverständlichkeit. Zuwiderhandlungen sind strafrechtlich zu ahnden.
- Förderung bäuerlicher Familienbetriebe auch in benachteiligten Gebieten.
- Wirtschaftsbetriebe sind auf ihre Umweltverträglichkeit zu überprüfen.
- Alle gentechnisch veränderten Waren müssen in Deutschland der Kennzeichnungspflicht unterliegen.
- Die Errichtung eines Brauchwasserkreislaufs in Deutschland, der parallel zum jetzigen Trinkwasserkreislauf zum Einsparen von wertvollem Trinkwasser dienen soll. Diesen Brauchwasserkreislauf kann das Wasser mehrmals durchlaufen, da zum Beispiel Toilettenspülungen, Autowaschanlagen, usw. nicht ständig mit wertvollstem Trinkwasser gespeist werden müssen.

Heimatschutz statt Weltpolizei

Deutsche Soldaten werden überall in der Welt an immer neuen Krisenherden stationiert. Seit dem Ende des kalten Krieges hat die Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr stetig zugenommen. Derzeit befinden sich deutsche Soldaten in Afghanistan, Usbekistan, Mazedonien, Kuwait, Kenia, Djibouti, Bosnien-Herzegowina, Georgien und im Kosovo. Die Bundesmarine operiert im östlichen Mittelmeer, im Roten Meer und im Golf von Aden. All diese Einsätze dienen nicht dem Schutz der Heimat, sondern der Unterstützung von US-Operationen und der Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele der USA. Für diese Interessen müssen deutsche Soldaten immer wieder ihr Leben aufs Spiel setzen. Den zu erwartenden Überfall der USA auf den Irak werden sowohl Schröder als auch Stoiber durch deutsche Truppen unterstützen und damit das Leben deutscher Soldaten sinnlos opfern.

Die Bundeswehr ist zu einer Hilfstruppe zur Durchsetzung der Interessen der USA verkommen. Dies ist auch an der immer deutlicher werdenden Zweiteilung in gut ausgerüstete „Krisenreaktionskräfte“, welche die USA im Ausland unterstützen sollen, und den immer schlechter motivierten und ausgerüsteten Rest der Armee im Inneren zu erkennen. Die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr zur Führung von Angriffskriegen im Ausland nimmt zu, während ihre Fähigkeit, die Heimat zu verteidigen, zusehends abnimmt.

Die Bundeswehr wird vom BRD-Regime als militärischer Arm zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Ziele, wie Globalismus und Überfremdung mißbraucht. Überall in der Welt sollen Völker, die sich gegen den Führungsanspruch der USA auflehnen und die durch wirtschaftliche Maßnahmen nicht zu disziplinieren sind, auf den erwünschten Kurs gezwungen werden. Bezahlt wird diese imperialistische Politik mit dem Blut deutscher Soldaten. Um die Bundeswehr in ein willfähriges Söldnerheer umzuwandeln und sie vom Volk abzukoppeln, planen einige Regimevertreter schon die Abschaffung der Wehrpflicht.

Frieden für Deutschland statt weltweiter US-Kriege

Jeder souveräne Staat muß die Fähigkeit und das Recht besitzen, seinen eigenen Bestand und die Lebensinteressen seines Volkes zu verteidigen. Die Streitkräfte müssen in der Lage sein, der politischen Führung eigenständiges Handeln zu ermöglichen, wenn substanzielle nationale Interessen bedroht sind. Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmachtspolitik sein. Wir Nationaldemokraten sind der Auffassung, daß deutsche Soldaten das Vaterland zu verteidigen haben, sich nicht an Angriffskriegen der USA und der von ihr dominierten NATO beteiligen sollten und nicht für fremde Interessen geopfert werden dürfen.

Daher fordert die NPD:

- Sofortiger Abzug aller im Ausland stationierten Soldaten nach Deutschland – Das Blut deutscher Soldaten darf nicht für fremde Interessen geopfert werden!
- Keine weitere Beteiligung deutscher Streitkräfte an Auslandseinsätzen der NATO – Deutschland darf nicht länger als Drehscheibe für US-imperialistische Aggressionen mißbraucht werden!
- Austritt aus der NATO – Der Imperialismus muß geschwächt, das Recht der Völker auf Freiheit und Selbstbestimmung gestärkt werden!
- Sofortiger Abzug aller noch in Deutschland verbliebenen fremden Truppen - Deutschland darf nicht länger Aufmarschplatz und Nachschubbasis für US-Kriege sein! Deutschland wird erst frei sein, wenn der letzte fremde Soldat unser Land verlassen hat!
- Sofortiger Abbau der in Deutschland stationierten US-Spionage- und Abhöreinrichtungen – Ein souveräner Staat muß sich nicht bespitzeln lassen!

Austritt aus der NATO

Die noch immer unter amerikanischem Oberbefehl stehende NATO wurde als Instrument der USA zur Beherrschung Europas geschaffen. Während des kalten Krieges richtete sie sich in erster Linie gegen eine Ausweitung des Einflusses des Warschauer Paktes. Nachdem der Warschauer Pakt aufgelöst wurde, tritt der aggressive Charakter der NATO immer deutlicher zu Tage. Sie weitet ihren Einfluß in Osteuropa immer weiter aus und wird mehr und mehr zu einer internationalen Eingreiftruppe, die Länder überfällt oder bedroht, die sich den amerikanischen „One-World-Strategien“ widersetzen und von diesen als „Schurkenstaaten“ definiert werden. Die NATO ist somit Hauptträger des US-Imperialismus in Europa.

Europäisches Bündnis und nationale Souveränität

Wir Nationaldemokraten treten für eine neue Ordnung ein, die sich an den Interessen der Völker und souveräner Nationalstaaten in ihren angestammten Lebensräumen orientiert. Daher fordern wir eine nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dem Ziel dienen muß, den Frieden für Deutschland und dessen europäischen Lebensraum zu sichern. Die politische Führung unseres Landes muß durch unsere Streitkräfte in die Lage versetzt werden, weder von anderen Ländern, Terroristen oder internationalen Konzernen erpreßt zu werden.

Die NPD hält eine umfassende Neuorientierung deutscher Streitkräfte für unerläßlich:

- Eine Neuorganisation der Bundeswehr muß der Aufgabenstellung gerecht werden, unser Land und unser Volk jederzeit gegen mögliche Angreifer von Außen und Innen schützen zu können.
- Die Reform der Bundeswehr, damit diese den neuen Aufgabengebieten gerecht wird – Die Unterteilung in „Krisenreaktionskräfte“ für Hilfseinsätze auf Weisung der USA und der Verbände des „schäbigen Restes“ muß beendet werden!
- Einführung und Kontrolle über eigene Atomwaffen sind notwendig, um weder militärisch noch politisch erpreßt werden zu können.
- Die Bildung eines unabhängigen deutschen Generalstabes - Der Oberbefehl über deutsche Soldaten muß wieder in deutscher Hand liegen. 50 Jahre Fremdbestimmung sind genug!
- Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit – Die Disziplin muß durch die Streitkräfte selbst und nicht durch zivile Gerichte aufrecht erhalten bleiben!
- Soziale Absicherung und Versorgung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen – Wer sein Leben für seine Heimat aufs Spiel setzt, darf nicht von der Volksgemeinschaft im Stich gelassen werden! Die wirtschaftliche Absicherung und Versorgung von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen ist eine Ehrenpflicht unseres Staates!
- Die Mitarbeit Deutschlands in einem neu zu gründenden europäischen Verteidigungsbündnis auf gleichberechtigter nationalstaatlicher Grundlage zum Schutz gemeinsamer europäischer Lebensinteressen – Europa darf nicht länger fremdbestimmt werden!
- Beibehaltung der Wehrpflicht – Die Bundeswehr verteidigt das gesamte deutsche Volk, muß in diesem verankert und von diesem getragen werden!

Ja zur Wehrpflicht und Reorganisation der Streitkräfte

Der Wehrdienst ist für uns Nationaldemokraten Ehrendienst am deutschen Volk und die deutschen Streitkräfte haben zusätzlich als „Schule der Nation“ die heranwachsenden jungen Menschen zu prägen und die Werte einer völkischen Neuordnung souveräner Nationalstaaten zu vermitteln. Der Soldat muß wieder Vertrauen in die militärische und politische Führung gewinnen und davon überzeugt sein, daß diese niemals seinen Einsatz für fremde Macht- oder Wirtschaftsinteressen anordnen oder ihn gar als Söldner verheizen werden.